

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 10.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4433.

Düsseldorf, 9. März 1912.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nöen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358.

14. Jahrg.

Die Pflicht ruft alle Kolleginnen und Kollegen an die Werbearbeit für unseren Verband! Die kommenden Wochen müssen für eine gründliche Agitation ausgenutzt werden! Wer zurückbleibt, handelt pflichtvergessen!

Kolleginnen und Kollegen, auf, an die Arbeit zur Stärkung unseres Verbandes!

Gleich in der ersten diesjährigen Nummer unseres Organs haben wir betont: Sobald die politische Gäh vorbei ist und die Gemüter sich beruhigt haben, muß bei uns auf der ganzen Linie eine gut vorbereitete, systematische Hausagitation einsetzen. Der Moment ist nun gekommen. Jetzt gilt's, die Zeit zu nutzen.

Zunächst sind auf der ganzen Linie

Versammlungen

zu arrangieren. Ihre Festsetzung hat in Verbindung mit dem Bezirksleiter zu erfolgen. In diesen Versammlungen sollen die Mitglieder über die durch den Wahlausfall geschaffene Situation orientiert, eine optimistische arbeitsfreundliche Stimmung ausgelöst und zu reger Werbetätigkeit aufgefordert werden. Hierbei wird ein demnächst im Verlag des Gesamtverbandes erscheinendes Flugblatt, das die gegenwärtige Situation beleuchtet, gute Dienste leisten. Wir empfehlen unsern Vorständen und Agitationskommissionen jetzt schon, dieses Flugblatt recht eifrig zu verwenden.

Eine wichtige Aufgabe erwächst den

Agitationskommissionen.

Da möchten wir vor allem die einzelnen Ortsgruppen fragen: Besteht eine solche und — ist sie intakt? Wo Agitationskommissionen nicht bestehen, ihre Einführung aber möglich ist, soll diese unverzüglich erfolgen. Die nötigen Kräfte, einige willige und fähige ältere Kollegen und einige Kolleginnen, wie auch den einen oder den andern jüngern Kollegen, wird man schließlich in den meisten Gruppen ausfindig machen können. Auch dort, wo bestehende Kommissionen Lücken aufweisen, möge man diese schließen und die fehlenden Mitglieder durch andere ersetzen. Die Agitationskommissionen selbst, eventl. die Ortsgruppenvorstände, haben die Pflicht, sofort die Vorbereitung und Durchführung einer allgemeinen

systematischen Hausagitation

in die Hand zu nehmen. Je schneller mit den Vorbereitungen begonnen wird, desto eher ist es möglich, die uns noch zur Verfügung stehende günstige Agitationsperiode auszunutzen.

Doch, da hören wir den einen oder den andern Kollegen sagen: „Schon wieder Hausagitation, wir haben ja erst im verfloffenen Herbst eine solche vorgenommen.“ Der Ortsgruppen, die dies getan, wendens nicht besonders viele sein. Und wenn auch! Eine Wiederholung schadet nichts. So gründlich und umfassend ist die Hausagitation kaum irgendwo durchgeführt worden, daß es sich nicht mehr lohnte, sie zu wiederholen. Ueberhaupt sollte die Hausagitation ein ständiges Propagandamittel unserer Ortsgruppen sein. Sie läßt sich ja so überaus abwechslungsreich gestalten. Neben der allgemeinen Hausagitation kann eine solche speziell für Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter durchgeführt werden, oder man geht branchen- oder betriebsweise vor. Es gibt im Laufe des Jahres auch so manches Ereignis, das eine günstige Gelegenheit zu einer intensiven Hausagitation bietet. Werden diese Gelegenheiten richtig ausgenutzt, so bringen sie dem Verbands weit mehr Mitglieder, wie Duzende von Versammlungen. Deswegen eben legen wir soviel Gewicht auf die Einführung ständiger Agitationskommissionen. Wird in vorgenannter Weise

vorgegangen, so hat das den weiteren Vorteil, daß wir uns im Laufe der Zeit in jeder Ortsgruppe eine **Anzahl Spezialisten in der Hausagitation** heranbilden.

Diese Kollegen und Kolleginnen werden auf Grund der gesammelten Erfahrungen beschlagen, sie kennen die Einwände der Unorganisierten und wissen diese schlagend zu widerlegen. Daß dies für die Entwicklung unseres Verbandes von größter Bedeutung ist, liegt auf der Hand.

Andere Kollegen hören wir einwenden: „Ja, bei uns liegen die Verhältnisse zu schwierig, Hausagitation hat keinen Zweck“; oder: „Uns fehlen die Kräfte, um eine Hausagitation vorzunehmen zu können.“ Auch diese Einwände können wir nicht als stichhaltig gelten lassen. Wir vermuten sogar, daß sie hier und da nur eine bequeme Ausrede sind, um sich an einer unbequemen Aufgabe vorbeizudrücken. Schwierig sind die Verhältnisse überall, an dem einen Ort mehr, an dem andern weniger. Schwierigkeiten aber sind da, um überwunden zu werden. Beständen solche nicht, dann wär's wahrhaftig keine Hexerei, die Ortsgruppe vorwärts zu bringen. Gerade in schwierigen Situationen aber zeigt sich der Mann. Der versucht, ihrer Herr zu werden. Das können wir, wenn wir entschlossen ans Werk gehen. Vergessen wir nie, daß nur eiserne Energie und Ausdauer, verbunden mit idealer Hingabe und Opferwilligkeit, in der Arbeiterbewegung zum Ziele führen. Darum muß auch dort, wo die Verhältnisse am schwierigsten sind, mit der Hausagitation eingeleitet werden. Wird diese gut vorbereitet und durchgeführt, dann garantieren wir für den Erfolg.

Was sollen wir erst zu dem Einwand sagen, es fehle an Mitarbeitern? Möchten doch jene, die ihn erheben, mal

mit gutem Beispiel vorangehen.

Worte belehren, Beispiele ziehen an. Einen Vorstand und den einen oder den andern Vertrauensmann haben wir doch überall. Diese Kollegen müssen sich in erster Linie auf ihre Pflicht besinnen. Ihr gutes Beispiel wird auf die Dauer nicht ohne Wirkung bleiben. Allerdings, auch wir wünschen sehr, es möchten sich aus den Reihen der Mitglieder ebenfalls recht viele Mitarbeiter bereit erklären, die Agitationskommission, eventl. den Ortsgruppenvorstand in der schwierigen Arbeit zu unterstützen. Darum möchten wir den Ruf, den unsere Ortsgruppenvorstände hoffentlich in den Generalversammlungen bereits erhoben haben, noch einmal wiederholen: Freiwillige vor! Die Pflicht ruft! So heißt es in dem Aufruf am Kopfe unseres Verbandsorgans. Wer zurückbleibt, handelt pflichtvergessen!

Wenn wir noch einmal mit diesem Appell an die Mitglieder herantreten, so haben wir dafür

unsere guten Gründe.

Zunächst gilt es, das Gelöbnis, das wir auf der Nachener Generalversammlung gemacht, seiner Erfüllung so nahe wie möglich zu bringen. Darum schon sind wir verpflichtet, noch einmal unsere ganze Kraft einzusetzen. Sorgen wir dafür, daß wir vor der nächsten Generalversammlung bestehen können. Dann aber hat sich in einzelnen Zweigen der Textilindustrie der Geschäftsgang wesentlich gebessert. So in der Jute- und Leinenindustrie, vor

allen aber im Baumwollgewerbe. In diesem herrscht zurzeit Hochkonjunktur. Das bewirkt, daß die Stimmung in weiten Kreisen der Arbeiterschaft eine gehobener und für die Agitation günstigere wird. Wir werden also in manchen Gebieten mit weit mehr Aussicht auf Erfolg agitieren können. Weiter hat die letzte Wahl auch manchen Angehörigen der andern Stände die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung klar zum Bewußtsein gebracht. Wir werden also auch auf die Unterstützung dieser Kreise eher rechnen können. Vor allem die konfessionellen Vereine, resp. deren Zeitungen, werden meist gern bereit sein, uns bei der Agitation unter den noch nicht organisierten Vereinsmitgliedern behülflich zu sein. Endlich müssen auch

die Anfeindungen unserer Freunde roter Couleur

für uns ein Ansporn sein, mit einer kräftigen Werbetätigkeit einzusetzen. Wie oft haben diese in letzter Zeit von der Auflösung, vom Verbot der christlichen Gewerkschaften durch die kirchliche Behörde gefaselt. Bringen wir den Gewissen den Beweis, daß wir auch heute noch lustig weiterleben und — weiterwachsen. Mit nichts können wir ihnen die Freude mehr verderben, mit nichts besser in ihre Suppe spucken, wie wenn wir jetzt erst recht durch eine frisch-fröhliche Agitationstätigkeit unsere Reihen stärken und der Sozialdemokratie Boden entziehen. Nutzen wir hierbei vor allem auch die fanatische Hezarbeit der roten Verbandsorgane gelegentlich der Reichstagswahl, sowie die Verwendung der Gewerkschaftsgelder zu Parteizwecken gebührend aus. Bringen wir unsern nichtsozialdemokratischen Berufskollegen und Kolleginnen zum Bewußtsein, daß der Beitritt zu einem sozialdemokratischen Verband mit der Ueberzeugung eines christlich-national gesinnten Arbeiters unvermeidbar ist.

Und nun Kolleginnen und Kollegen,

auf, an die Arbeit!

Auf den stattgefundenen Generalversammlungen habt Ihr gelobt, die Ortsgruppe im laufenden Jahr vorwärts zu bringen. Wohlan, jetzt gilt's, das gegebene Versprechen einzulösen. Mögen sich die führenden Kollegen und Kolleginnen in unsern Ortsgruppen jetzt des Vertrauens, das ihnen durch die Neu- oder Wiederwahl entgegengebracht wurde, würdig erweisen. Mögen aber auch die Mitglieder sie in ihrem schweren Amt unterstützen. Gemeinsam wollen wir an die Arbeit gehen. Mit vereinter Kraft unerschrocken arbeiten an der Stärkung unseres lieben christlichen Textilarbeiterverbandes.

Zum Licht empor mit klarem Blick,
Ein Vorwärts stets, nie ein Zurück,
Ein frohes Hoffen, kühnes Streben
Und schnelles Handeln auch daneben —
Dann hat das Dasein Zweck und Ziel,
Wer Großes will, erreicht auch viel.

Paul Lindenbergl.

Ueber Stoff und Methode der gewerkschaftlichen Lektüre.

II.

In dem genannten Verzeichnis ist soweit wie möglich auf die Verschiedenheit in der Auffassung Rücksicht genommen worden, indem die wichtigeren Standpunkte durch mindestens je eine Schrift vertreten sind. Dadurch wächst allerdings die Literatur so rasch an, daß nur die wenigsten Zeit und Gelegenheit haben, auch nur den größeren Teil der Schriften durchzunehmen. Der Führer ist auch nicht so sehr für den einzelnen Gewerkschaftler geschrieben, als vielmehr zur Unterstützung bei der

Zusammenstellung von Gewerkschaftsbibliotheken.

Innerhalb der Gewerkschaftszahlstelle oder des Ortskartells wird das Bedürfnis oder das Interesse den einen Leser auf die Dauer zum näheren Studium mit dieser, einen ändern zur Beschäftigung mit jener Auffassung drängen. Es sollen aber dem Vortwärtstreben in keiner Weise Schranken gezogen werden, und darum mußte eben auf die verschiedenen Standpunkte Rücksicht genommen werden.

Die Wirtschaftsgeographie ist zugleich die beste Einführung in die Frage der Entwicklung des Staats- und Rechtswesens. Das alles ergänzt sich gegenseitig und eines ist ohne das andere nicht denkbar. Freilich tritt der Leser, der sich des Unterrichts in der Volksschule erinnert, mit einer Auffassung an diese Dinge heran, die bald arg erschüttert wird. Um das jugendliche Gemüt in der Schule zu festigen, ist es unbedingt erforderlich, daß sich die Geschichte an die Beschreibung des Lebens und der Taten einzelner hervorragender Persönlichkeiten anlehnt. Diese Persönlichkeiten prägen sich dem Kinde ein und die ganze Geschichte scheint sich ihm um dieselben zu drehen. Eine andere Methode würde zweifellos stöbern gegenüber versagen. Und darum hat eben für den erwachsenen, vernünftig denkenden Leser das Studium der Wirtschaftsgeographie eine große pädagogische Bedeutung. Er sieht ein, daß die Dinge sich nicht so sprunghaft entwickelt haben, wie es nach dem Schulunterricht scheinen muß. Ebenso verliert zwar die einzelne Persönlichkeit kaum an Bedeutung, aber sie tritt doch mehr hinter das Ganze zurück. Das Unberechenbare weicht der allmählichen Entwicklung, und so drängt sich auch hier wieder mit großem Nachdruck das dem Bewußtsein auf, was bei ausschließlicher Betrachtung der politischen Geschichte so leicht verloren geht: die Unverbrüchlichkeit des Zusammenhanges allen Geschehens. Wir sprachen in Bezug auf diese Auffassung deshalb von pädagogischem Wert, weil sie geeignet ist, in dem Gewerkschaftler jenes Verantwortlichkeitsgefühl hervorzurufen und zu stärken, welches bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Kämpfe heute unbedingt erforderlich ist, wenn nicht die Gewerkschaft zu einer unermeßlichen Schädigung der Volkswirtschaft führen soll.

Was ist die Triebfeder der Veränderungen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben? Warum ist alles so gekommen, wie wir es vor uns sehen? Diese Fragen beschäftigen nunmehr den Gewerkschaftler am meisten, und er wird sich nach Lektüre umsehen, die ihm darauf Antwort gibt. Hinter der Wirtschaft steht als Macht, die sie größtenteils bestimmt, die Technik. Diese stellt aus den Produkten der Natur die Güter her, deren die Wirtschaft bedarf, um ihre Ansprüche zu decken. Dabei ist unter Technik nicht nur die moderne, mit Dampf und Elektrizität arbeitende verstanden, sondern die gesamte Ueberwältigung und Ausnutzung der Natur im Dienste des Menschen von den ersten Anfängen der Geschichte an.“ (Hellmann.) Neuere Schriftsteller, wie Professor Pohle, rechnen es der bisherigen Art der Darstellung der technischen Umwälzung zum Fehler an, daß auf die Einwirkung der Umwälzung des Verkehrswezens zu wenig Gewicht gelegt sei. Diese Kritik erhebt sich zweifellos nicht einer gewissen Begründung, denn es sind gerade die Einsätze des Verkehrswezens für die geschichtliche Beurteilung von großem Belang. Man denke nur an die Beziehungen zwischen dem Stande des Verkehrswezens und der Staatsgewalt. Der schon zitierte Hellmann meint: „Man kann behaupten, daß bis zu einem gewissen Grade die Geschichte eines Staates zugleich eine Geschichte seiner Verkehrsmittel ist. Alle Eroberer, von den persischen Großkönigen bis auf Napoleon, zeugen dafür mit dem Straßennetz, mit dem sie ihre Reiche überspannten. So umgekehrt die Staatsgewalt nicht jederzeit von den Vorgängen im Staatsgebiet unterrichtet wird und allerorten ihr Wort geltend machen kann, ist eine gedeihliche politische Arbeit unmöglich.“

Die in dem letzten Abschnitt gemachten Andeutungen lassen schon erkennen, auf welche Gebiete bei der

Unterhaltungslektüre

des Gewerkschaftlers vornehmlich Rücksicht zu nehmen ist. Es gibt eine ganze Reihe von Darstellungen über die Entwicklung und Ausgestaltung der Technik und des Verkehrswezens, die in mehr unterhaltender Form gehalten sind. Solche Werke können aus jeder größeren öffentlichen Bibliothek entlehnt werden. Es kann nicht die Aufgabe von Gewerkschaftsbibliotheken sein, abgesehen von einigen wirklich guten Werken, derartige Bücher

zu hohen Preisen anzuschaffen. Ueberhaupt wollen wir „Unterhaltung“ mehr als eigentliche Belehrung verstanden wissen, d. h. Belehrung in einer Form, die nicht immer das schwerste Geschick der Wissenschaft aufährt, sondern sich in volkstümlicher Form an den vorwärtstrebenden Leser aus allen Volksschichten wendet. Es gibt ja heute ganze Sammlungen, wo dieser Grundsatz unter Mitwirkung hervorragender Gelehrter verfolgt wird. Es sei nur erinnert an Teubners „Aus Natur und Geisteswelt“, an die „Sammlung Börschen“, an die verschiedenen Serien des Volksvereins usw. Unter der Unterhaltungslektüre in genanntem Sinne ist auch das Studium der eigentlichen Geschichte begriffen. Die Wirtschafts- und Staatsgeschichte erweckt von selbst auch das Interesse für die sogenannte politische Geschichte, die mit den Persönlichkeiten, welche die Entwicklung an die Oberfläche treten läßt, in Berührung bringt. Geschichtliches Denken haben wir ja schon vorhin gefordert, weil es die Möglichkeit an die Hand gibt, eine historische Erkenntnis aus der Gesamtheit der Kultur einer Zeit zu begreifen. Es kann gar nicht verkannt werden, daß der Sozialismus das Verdienst gehabt hat, die Massen auf die Wichtigkeit dieses historischen Denkens nachdrücklich hinzuweisen. (Allerdings ist daraus vielfach, wie oben erwähnt, das Gegenteil von dem entstanden, was Marx wohl erhofft haben dürfte, indem man in den Kreisen der „Schüler“ aus einem bißchen historischer Lektüre die Berechtigung zu einer unerträglichen Aufgeblasenheit herausnahm.) Nun gibt es aber auch auf dem Gebiete der politischen Geschichte, neben viel Ausgezeichnetem, auch sehr viel Schund. Bei der Auswahl, für die wiederum in der Hauptsache auf die öffentlichen Bibliotheken verwiesen werden muß, sollte man daher sehr vorsichtig zu Werke gehen. Vorzuziehen sind solche Darstellungen, denen das neuere Verfahren des sogenannten Quellenstudiums zugrunde liegt. Dieses Studium hat den Zweck, historisches Wissen und historischen Sinn erwachen zu lassen an der Anschauung der Vergangenheit selbst. Diese zwar ist unweigerlich dahingegangen. Allein sie hat uns gewisse Ueberreste zurückgelassen, letzte überlebende Zeugen ihrer Geschicke, an deren Hand wir den Weg zu ihr zurückfinden können.

Vorstandsmitglieder!

Im ganzen Verbandsgebiete sollen in den kommenden Wochen und Monaten noch einmal alle Kräfte für eine systematische Agitation angespannt werden! An Euch Vorstandsmitglieder ist es nun, unverzüglich die Arbeit aufzunehmen, um durch Versammlungen, durch eine systematische Haus- und Fabrikagitation Stimmung zu erzeugen und unterem Verbands neue Mitglieder zuzuführen.

Zu einem Führer auf diesem Wege, zu einer Quelle kann jedes Ueberbleibsel der Geschichte werden, die höchsten Erzeugnisse der Geistestätigkeit des Menschen so gut wie zufällige Ueberreste eines materiellen Daseins, die Produkte der Dichtung und Sage nicht minder als trockene Feststellungen altmännigen Charakters. Ein verdienstvolles Unternehmen ist auch die Zusammenstellung von Geschichtsbildern aus Leopold von Ranke's Werken, wodurch die teuren Werke eines der größten Historiker auch denen zugänglich gemacht worden sind, denen das ganze Werk desselben sonst verschlossen bleiben mußte. Diese Zusammenstellung ist bei Dandner u. Humblot in Leipzig erschienen.

So fügt sich das eine an das andere an. Wer vorwärts strebt und sich weiterbilden will, dem wird es nie an Stoff dazu mangeln. Wird überall die von uns empfohlene Methode angewandt, dann ist es besonders dem Gewerkschaftler, der durch seine tägliche Praxis die Gelegenheit und Möglichkeit hat, durch das genauere kritische und an der Wirklichkeit geknüpfte Studium eines Spezialgebietes eine wertvolle Grundlage zu legen für die Beschäftigung mit den wichtigsten Fragen, die den Menschen bis in seine Tiefen erschaffen — dann ist es insbesondere dem Gewerkschaftsstudierenden möglich, sich einen wirklichen Schatz allgemeinen Wissens nach und nach anzulegen, ohne daß er dabei auf die teuersten und seltenen Werke zurückgreifen braucht.

Es ist ohne weiteres erkennbar, welcher großen Gewinn diese systematische Lektüre der ganzen gewerkschaftlichen Gemeinschaft bringt. Wer gelernt hat, über seine eigenen vier Pfähle hinauszusehen, sein Tun und Lassen und dasjenige seiner Körperschaft, als eines Gliedes, an der Wirkung auf den gesamten Organismus zu messen, der hat auch Verständnis für manche gewerkschaftliche Maßnahmen, besonders in erregten Zeiten, denen heute oft noch ein so bedauerlicher Widerstand entgegengesetzt wird. Er hat Verständnis auch dafür, daß das sicherste Mittel zur Hebung des Arbeiterstandes die Mitwirkung an der Hebung der Produktion ist. Er wird erst in wirklichem Sinne befähigt, seine bessere Lage in einer Weise anzunehmen, daß er davon befriedigt sein kann. Was nützt eine Verkürzung der Arbeitszeit, wenn die

größere Muße nicht richtig angewandt wird? Professor Schmöller hat einmal gesagt: „Der letzte Grund aller sozialen Gefahr liegt nicht in dem Unterschied der Besitz-, sondern der Bildungsgegenstände.“ Dieses Wort ist nur zu wahr. Die heute herrschende geradezu unheimliche Unzufriedenheit, auch in den Kreisen der Besitzenden, beruht größtenteils darauf, daß man die ungeheuren Errungenschaften, die wir der gesteigerten Produktivität der Volkswirtschaft verdanken, nicht zu genießen versteht. „Genießen“ natürlich nicht in dem Sinne von „Draufmachen“, sondern im Sinne der Bereicherung nicht nur des äußeren, vielmehr auch des inneren Menschen. Geschmacksveredelung im besten Sinne des Wortes.

Gewonnen ist aber auch außerordentlich viel für die öffentliche Wirksamkeit der Gewerkschaft. Leidet unser internes Versammlungswesen so sehr unter der Eintönigkeit, so erst recht unser öffentliches Versammlungswesen. Es wird zu wenig bedacht, daß man zu anderen Volkskreisen anders reden muß, wie zu den eigenen Kollegen. Dazu verhilft aber ein Studium, welches die Gewerkschaft nicht als Einzelding betrachtet, sondern sie in den gehörigen Zusammenhang hineinzustellen weiß. Wer sich unter diesem Gesichtspunkte herangebildet hat, der kann auch dem Außenstehenden einen Begriff individuell klar machen, d. h. unter Benutzung derjenigen Gesichtspunkte, die diesem Außenstehenden am meisten in die Augen springen. Es entzieht sich beispielsweise kaum jemand dem Eindruck einer zutreffend geschilderten geschichtlichen Entwicklung, die überall die Zusammenhänge aufzudecken weiß. Und dann: Wie sehr gewinnt nicht ein Gedanke an Durchschlagskraft, wenn er in Vergleich gestellt wird zu der Auffassung, die sich in früheren Zeiten oder in anderen Ländern einmal bewährt oder nicht bewährt hat! Wie lebendig wird eine Darstellung, wenn der Darstellende es versteht, Ausgangspunkte und Endpunkte einander schlagend gegenüberzustellen! Es sei erinnert an die Schilderung von Hise in seiner Skizze über die Arbeiterfrage, wo das Ergebnis der sozialen Entwicklung der letzten Jahrzehnte durch die Heraushebung von nur einigen Momenten dem Leser plastisch vor die Augen gestellt wird. Geschichtliche Daten in Reden und Aufsätzen sind geeignet, die Schilderung in Fluß zu halten; es ergibt sich eine fortschreitende Handlung, die packt und überzeugt und damit der Langweile und dem Mißerfolg vorbeugt.

„Zentralblatt“.

„Schnellläufer“.

Es ist ein durchaus berechtigtes und notwendiges Bestreben unserer Industriellen, die Produktivität der Betriebe nach Möglichkeit zu steigern. Es muß sich jedoch in vernünftigen Grenzen halten, damit es nicht zu einer förmlichen Raubbauwirtschaft führt. In unserem Textilarbeiter ist ja die Produktivität der Arbeit in dem letzten Jahrzehnt ganz bedeutend gehoben worden. Einerseits durch Verbesserung der Maschinenteknik, durch rationellere Ausnutzung der Maschinen, durch eine verbesserte Produktionsordnung und nicht zuletzt durch eine stärkere Anspannung der Arbeitskräfte. Daß die Arbeiter in allen Fällen von dieser Produktionssteigerung in gleichem Maße Vorteil gehabt habe, wird derjenige nicht behaupten können, der für die Dinge einen offenen Blick bewahrt hat.

Namentlich in der Samt- und Seidenindustrie ist die Produktivität der Betriebe in den letzten Jahren wesentlich gesteigert worden. So zunächst in der Samtindustrie durch den sogenannten Doppelpüler-Webstuhl. Bei zehnstündiger Arbeitszeit macht ein Arbeiter auf leichtere Ware 60—80 Meter an einem Tage. Jetzt sucht man auch in der Stoffindustrie die Produktion zu steigern, aber in einer Weise, die nicht einwandfrei ist und gegen die sich zu wehren die Arbeiter alle Veranlassung haben. Man versucht nämlich die Tourenzahl der alten Webstühle zu erhöhen. Ein anderer Weg bleibt vorläufig nicht übrig, da man schon in den möglichsten Breiten und mit möglichst viel Stühlen fabriziert. Um die Konkurrenz zu stärken, sind nun in einigen Stoffabriken des Niederrheins Bestrebungen im Gange, auf Krawatt (Webstühlen) wie auch auf glatte Waren neue Schnellaufläufe einzuführen. Oder man geht noch weiter und versucht, alte Stühle in Schnellläufer umzuwandeln. Das fordert den berechtigten Protest der Arbeiter heraus.

Grundsätzlich möchten wir bemerken, daß wir keineswegs gegen den technischen Fortschritt sind, im Gegenteil, wir begrüßen ihn im Interesse unserer Industrie und der Arbeiter. Aber nur dann, wenn er auch der Arbeiterschaft zugute kommt, wenn der Fortschritt nicht für die Arbeiter einen Rückschritt bedeutet, wie es leider in zahlreichen Fällen zu verzeichnen ist. Auch gegen die Umwandlung von gewöhnlichen Stühlen in Schnellläufer in der niederrheinischen Stoffindustrie muß sich die Arbeiterschaft mit Entschiedenheit wenden, weil diese Erneuerung nur scheinbar ein Fortschritt ist und für die Arbeiter mancherlei Schäden im Gefolge hat.

So kann man in Fabriken alte, ausgelassene Stühle antreffen, die früher 90—105 Touren machten, die aber auf 120—140—150 Touren gesteigert worden sind. Auch der Laie wird einsehen können, daß solche Stühle eine solche Steigerung unmöglich vertragen. So kann man denn auch beobachten, daß die Meister jeden Augenblick an den hehr. Stühlen herumhantieren, um die entstandenen Schäden arszubessern. Daß das aber nicht dem Arbeiter zum Vorteile gereicht, bedarf gar keiner weiteren Er-

wählung. Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß das Material, das zum Verweben gebraucht wird, wahrhaftig auch nicht besser geworden ist. Was ist nun der Schlüssel zur ganzen technischen Umwälzung, von der sich die Prinzipale Gott weiß was versprechen? Mehr Ware und mehr Verdienst? O nein, vor allem nicht! Vielmehr weniger Ware und oft noch weniger Verdienst, aber auch mehr Vergnügen und mehr Arbeit.

Nun taucht als Spezialität der von der Profelfeder Maschinenfabrik gelieferte 200tourige Stuhl auf. Dieser Stuhl ist für die leichteren Waren (Gegen) in Aussicht genommen und in einzelnen Fabriken ebenfalls in Betrieb. Während nun die Arbeitgeber auf die oben erwähnten umgeänderten Schnellläufer mit einem Lohnabzug von 3-5-7 1/2 Prozent vorlieb zu nehmen gedenken, wollen sie für die Arbeit auf den neuen Schröder'schen Schnellläufern gleich den erklecklichen Satz von 25 Prozent weniger zahlen. Das ist doch ein starkes Unterfangen. Probearbeiten, die mit diesen Stühlen hier und da vorgenommen worden sind, haben die Tatsache offenbart, daß die Sache noch längst nicht klappt, so daß für den Arbeiter das Fazit lautet: mehr schaffen, weniger verdienen. Das führt dann zu allerlei Mißstimmigkeiten, Scherereien und Differenzen in solchen Betrieben, wo so gearbeitet wird. Denn man kann der Arbeiterschaft doch beim besten Willen nicht zumuten, daß sie sich mehr plagt, aber trotz ihrer gesteigerten Anstrengung auch noch mit einem niederen Verdienst vorlieb nehmen soll.

Aber nicht nur werden die Weber der niederrheinischen Stoffindustrie mit diesen eigenartigen Fortschritten beglückt, auch die Scherereien, Winderinnen usw. sollen an ähnlichen Neuerungen Teil haben. Auch für diese Arbeiterkategorie versucht man, „verbesserte“ Maschinen einzuführen, die nach Ansicht der Arbeitgeber einen Lohnabzug rechtfertigen sollen, der nicht ganz gering ist. Und wenn diese Arbeiterinnen dann das Schlussergebnis aus dieser technischen Neuerung für ihre Person ziehen, dann lautet auch für sie der wenig beglückende Satz: mehr Arbeit, weniger Verdienst!

Wir hoffen, daß die Stoffweber die Maßnahmen der Fabrikanten überall die nötige Aufmerksamkeit entgegenbringen. Es stehen hier große Interessen für sie auf dem Spiele. Gegen einen wirklichen technischen Fortschritt oder gegen eine vernünftige Verbesserung der Produktionsweise in irgend einer Art stemmt sich die Arbeiterschaft nicht, aber sie kann und wird nicht zugeben, daß sie nicht allein keine Nutznießerin mit davon hat, sondern sogar der leidtragende Teil ist. Kein billiger und vernünftig denkender Mensch wird deswegen einen Stein auf die Arbeiter werfen wollen. Organisieren sich die christlich und national gesinnten Arbeiter in unserem christlichen Textilarbeiterverbände, haben sie die Garantie, daß ihre berechtigten Berufsinteressen zu jeder Zeit auch mit Entschiedenheit vertreten werden.

Die streikenden Weber in Lawrence.

Wir haben bereits in einer Notiz einer vorhergehenden Nummer von dem Streik Mitteilung gemacht, der in der amerikanischen Textilstadt Lawrence ausgebrochen ist und bereits mehrere blutige Zusammenstöße im Gefolge gehabt hat. Die armen streikenden Weber scheinen in geradezu Elendsverhältnissen leben zu müssen. Das geht auch hervor aus einem Artikel der „Polnischen Zeitung“, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten möchten. Der Artikelschreiber berichtet zwar, das Vorgehen der Unternehmer zu entschuldigen und die Schuld auf andere zu schieben, kann sich jedoch im allgemeinen auch nur auf die Seite der Arbeiter stellen. Der Artikel gewährt einen interessanten Einblick in die traurigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse der amerikanischen Textilarbeiter, des amerikanischen Gewerkschaftsbetriebes und in manche andere Dinge der amerikanischen Gesellschaft. Wir empfehlen ihn namentlich jenen Männern zum Studium, der unlängst noch im Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes die amerikanische Textilindustrie gegenüber der deutschen herauszustreichen für gut befand.

„Man glaubt das amerikanische Seitenstück zu Hauptmanns schleppendem Armeledrama vor sich zu haben, wenn man den großen Streik verfolgt, der seit vier Wochen in der großen Spinner- und Weberstadt Neuenglands im Gange ist. Wegen 22 Cents, das sind ganze 90 Reichspennige, ist das Drama ausgerollt worden. Aus der Kleinheit des Anlasses mag man auf die treibenden Kräfte schließen, die seit langem am Werke gewesen sein müssen, um eine Armee von 30000 Menschen mitten in der bittersten Winterkälte in den Zustand treten zu lassen. Die 90 Pfg., um die der wöchentliche Lohn der Lawrence Weber verkürzt worden ist, waren eben das, was man in der Nationalökonomie als Grenzwert bezeichnet; dieser Theorie zufolge wird bei einem gegebenen Gütervorrat (hier dem Wochenlohn) und bei gegebenen Bedürfnissen (hier dem durchschnittlichen standard of life) der Wert der Güter durch den Nutzen bestimmt, den die letzte verfügbare Teilmenge der Güter gewährt. Mit den 90 Pfg. wöchentlich mehr konnten die Leute gerade noch leben; ohne sie vermögen sie es nicht mehr. Wenn aber 90 Pfg. wöchentlich es bewirken können, einen ganzen Haushaltsplan über den Haufen zu werfen, dann muß dieser Plan auf sehr schwachen Fundamenten stehen. Wie schwach diese Fundamente sind, erhellt aus der Erkenntnis, daß der Wochenlohn der erwachsenen Lawrence Weber 6 bis 8 Dollar ist, das sind 24 bis 32 M., ein Satz, der bei den teuern Lebenskosten Amerikas einfach als unwürdig gelten muß. Werden davon nun noch 90 Pfg. abgezogen, so gerät das ganze Familienbudget ins Schwanken, und die fast notwendige Folge ist die Tat der Verzweiflung: der Ausstand.

Nun ist allerdings zu beachten, daß die Fabrikanten den Abzug am Wochenlohn nicht freventlicherweise vorgenommen haben, sondern unter dem Zwang einer Gesetzesbestimmung, die der Staat Massachusetts im Frühjahr vorigen Jahres getroffen hat, und die dahin lautet, daß vom 1. Januar 1912 ab Frauen und Kinderjährlinge nicht länger als 54 Stunden wöchentlich beschäftigt werden dürfen; bisher betrug die Arbeitszeit 56 Stunden. Bei einem Betriebe, der so sehr auf das Zusammenarbeiten aller angewiesen ist wie die Weberei, konnten natürlich die erwachsenen Männer auch nicht länger als 54 Stunden beschäftigt werden, und so kam auch ihnen die vom Gesetz für sie nicht bestimmte Vergünstigung zugute. Die Fabrikanten aber zogen aus der veränderten Lage der Dinge den Schluß, ihre Leute nicht für 56, sondern nur für 54 Stunden zu bezahlen, ihnen also am ersten Zahltag des Jahres den Lohn für die zwei gekürzten Stunden abzuziehen. Die Maßnahme erscheint auf den ersten Blick durchaus gerechtfertigt, denn der Stundenlohn ist derselbe geblieben. Aber der Wochenlohn war gekürzt, und der Wochenlohn verlor eben seine Würde, weil er ohnehin schon zu gering war. Der ganze Krach entstand also eigentlich aus einer zwar wohlgemeinten, aber in ihren Ergebnissen nicht klar erfakten gesetzgeberischen Maßnahme. Hätte man nun die Fabrikanten und Arbeiter allein gelassen und hätten der Gouverneur und die Legislatur eine hilfreiche Hand gehalten, so hätte noch alles wieder ins Gleichgewicht gebracht werden können. Da legte sich aber die berufsmäßige bezahlte Agitation ins Werk. Aus New-York kam Herr Joseph Ettor, ein untersehter Italiener mit geläufigem Mundwerk, mitten unter die aufgeregten Leute geschneit und trug ihnen das Evangelium des Arbeiterweltbundes vor, an dessen Spitze er steht. Dieser Weltbund (anscheinend eine anarchistische Vereinigung, D. R. d. T.-B.) ist selbst den Gewerkschaften ein Dorn im Auge; er wird von ihnen verleugnet, und auch der Präsident John Golden von den Vereinigten Textilarbeitern Amerikas hat ihn abgeschüttelt. Aber Ettor mußte, daß in Lawrence das Gewerkschaftswesen ziemlich schwach ist und daß die Leute mehr radikal-sozialistisch und anarchistisch gesonnen sind, als das den nach außen hin sehr gesitteten Gewerkschaftsleuten lieb ist. So hatte er leichte Arbeit, die Weber zu Unbesonnenheiten und groben Ausschreitungen zu betören; aber er erreichte nur, daß sofort zwölf und dann nochmal zehn Kompagnien Staatsmiliz nach Lawrence gesandt wurden, die mit scharfen Patronen ausgerüstet waren und deren Komman-

Suppenküchen errichtet worden, in denen die Kinder unter zwölf Jahren täglich zweimal antreten können. Mit dem Zugzug von Streikbrechern ist es nicht weit her, denn die Löhne sind nicht verlockend genug, um die gefunden Knochen oder das Leben zu riskieren; auch die paar Duzend Studenten von Harvard, die von der Universitätsbehörde Erlaubnis erhalten hatten, den blauen Mittel anzulegen, können die Lage nicht retten.

Die neunzig Pfennig, die den Ausbruch des Streiks herbeiführten, waren nur der letzte Tropfen, der das Maß der Unzufriedenheit zum Ueberlaufen brachte. Abgesehen davon, daß die Leute nicht einmal das Leben eines Syriers oder Armeniers oder Italieners zu leben vermochten, wurden sie vielfach auch gezwungen, in den Mietkasernen der American Woolen Company zu wohnen und dafür eine unerbildlich hohe Rente, etwa ein Drittel ihres Wochenlohns, zu bezahlen. Diese Mietkasernen bestehen aus zwei- und dreistöckigen Fachwerkbauten mit dreizimmerigen Wohnungen, die nach allgemeinen Angaben sanitätsmäßig und ohne alle und jegliche Bequemlichkeit der Neuzeit sind. Hier müssen die kinderreichen Familien, die noch nicht dem Massenelbstmord verfallen sind, haufen, meist sechs und acht, oft zehn und mehr Personen. Einer der Leute, Ulfano Luciano, der mit seiner Familie und einem kranken Weib in einer schmuckstarrten Erbgeschoßwohnung lebt, zeigte sein Rentbuch, das in der einen Ecke den Wochenlohn mit 5,76 Dollar ausweist und in der Mitte die Ziffer 1,75 Dollar wöchentliche Miete. Ein anderer Italiener, Angelo Stabile, gab als einen andern Grund für die Unzufriedenheit an, daß seine Landsleute durch falsche Vorpiegelungen herübergelockt würden. In Neapel und an andern Seeplätzen Südtaliens hänge die American Woolen Company die verlockendsten Köder aus in Gestalt von schreiend farbigen Bildern der Fabriken, aus denen die Leute in Haufen strömen, beladen mit Geld, das sie zur Bank tragen. Aber statt des Geldes fanden sie dann die Verhältnisse, wegen deren sie jetzt streiken. Die Leute seien, trotz des Arbeiterkontraktgesetzes, wie Haufen Vieh eingeführt worden, eine Behauptung, deren sich wohl die Einwanderungsbehörden werden annehmen müssen. Da die Eltern nicht genug verdienen, um die Familie erhalten zu können, müssen natürlich auch die Kinder in die Fabrik, um täglich vierzig oder fünfzig Cents hinzuzuverdienen. So kommt es, daß gewisse Arbeitsäle in den Fabriken mit schlecht gekleideten, verhungert aussehenden Kindern gefüllt sind, die Tag um Tag ihre neun und zehn Stunden da vertrauern müssen, statt in der Schulstube und auf dem Kinderspielplatz Geist und Körper für die amerikanische Bürgerwürde vorzubereiten und wenigstens Englisch zu lernen, das ihnen die spätere Bahn ebnet. Wenn man bedenkt, daß in Lawrence in 47 Zungen geredet wird, kann man sich vorstellen, welche Schwierigkeiten es hat, die Leute alle unter einen Hut zu bringen. Das einzige, was sie eint, ist die gemeinsame Not und die Erfahrung, daß man in den unabhängigen Fabriken in North Andor z. B., die meistens Schotten, Engländer und Irländer beschäftigen, drei und vier Dollar wöchentlich mehr bezahlt als in Lawrence, auf der andern Seite des Shawjcheenflusses. Wenn diese Fabriken können, so schließt man, dann müssen es die in Lawrence auch können, denn sie haben auf demselben Markt zu konkurrieren und haben denselben Preis für das Rohmaterial zu bezahlen.

Die Lawrence Fabrikanten waren wahrscheinlich sehr übel beraten, als sie an den 90 Pfg. die Flammen zum Auslodern kommen ließen; sie haben damit vor allem Amerika einen schlechten Dienst getan, dessen Verhältnisse da wieder einmal in das Licht eines Scheinwerfers gestellt sind. Eben wieder hat eine Gesellschaft in New-York, die sich die Besserung der Lage der Armen zur Aufgabe gesetzt hat, den Nachweis erbracht, daß eine fünfköpfige Familie unbedingt 900 Dollar, d. h. über 3600 M. haben muß, um nur Leib und Seele zusammenzuhalten und ein Dach über dem Kopf zu haben; sollte eine Krankheit dazwischenkommen, so ist der größte Jammer unausbleiblich. Nun ist Lawrence zwar nicht New-York, aber Eier, Milch, Gemüse und was man sonst braucht, hat seinen landweiten Markt, und in Lawrence verdient der Familienvater bei 7 Dollar wöchentlich eben keine 900, sondern nur 364! Das selbe Elend wurde dieser Tage vor einem Untersuchungsausschuß in Washington für die Eisenarbeiter nachgewiesen, deren Durchschnittseinkommen bei siebentägiger Arbeit in der Woche 5 1/2 Dollar ist. Da es nun in der Arbeiterschaft Leute gibt, die ihre 15 und 20 Dollar und mehr verdienen, so bleibt der großen Masse der Ungelernten eben noch weniger als 5 1/2 Dollar. Und damit sind sie zu einem Leben verurteilt, das der Amerikaner in seinem Hochmut nur in Europa zu sehen gewohnt ist, das er aber bei sich zu Hause als ausgeschlossen betrachtet. Dafür hat er ja seinen hohen Schulzoll, dessen einziger Zweck es ist, die europäische und besonders die deutsche Pauperarbeit zu einer europäischen Schmach zu machen. Bis ihm irgendein Lawrence un- vermutet den Star schießt!“

Vertrauensmänner!
Mitglieder der Agitations-
kommmissionen!

Ihr müßt Eure oft erprobte Treue noch einmal zeigen! Wettest mit untereinander in dem Bestreben, neue Mitglieder zu gewinnen. Wo die Agitationskommmissionen bis jetzt nicht genügend geleitet haben, muß das Veräumdete unbedingt nachgeholt werden. Das ist eine Ehrenpflicht für die Mitglieder der Kommmissionen.

den den Befehl zum Schießen gab. Eine Italienerin namens Anna Lapizzo wurde von einer Kugel getötet, die allerdings nicht von einem Soldaten stammte, sondern von einem Ausländischen in den Boden geschossen und auf das unglückliche Opfer abgeprallt sein soll; dagegen wurde ein junger Syrier, John Kami, durch einen Bajonettschlag in den Rücken tödlich verwundet. Als so zweimal Blut geflossen war, kehrte die Ernüchterung einigermaßen wieder zurück, und die Paraden und Aufläufe vor den Fabriken hörten auf. Ettor wurde unter der Beschuldigung, den Tod der Frau Lapizzo verschuldet zu haben, nebst einigen seiner Adjutanten ins Gefängnis gesteckt; dafür aber kam Herr Hayward in die Stadt, derselbe Hayward, der vor einigen Jahren den Gouverneur Steunenberg von Idaho durch eine Bombe in Stücke reißen ließ und der vor einigen Wochen in New-York öffentlich die Dynamitarbeit der Mc. Kamaras pries.

Der Agitator Ettor hatte aber nicht nur die militärische Belagerung verursacht, er hatte auch alle Ausichten auf eine friedliche Verständigung sehr bald gründlich vernichtet, indem er der Fabrikantenvereinigung ein Ultimatum stellte: 15 Prozent Lohnerhöhung auf der 54 Stundenbasis, Abschaffung des Bonus- und Prämien-systems, doppelte Bezahlung für Ueberzeitarbeit, Wieder-einstellung aller Ausländischen ohne Rücksicht auf ihre Beteiligung am Streik und Anerkennung des Arbeiterweltbundes. Als Gouverneur Jos von Massachusetts einen dreißigtägigen Waffenstillstand vorschlug, lehnte er ihn brüsk ab mit der Bemerkung, er werde nur mit den Fabrikanten verhandeln und mit niemand sonst. Ettor kannte aber offenbar den Präsidenten der Fabrikantenvereinigung, William M. Wood, nicht, sonst hätte er sich weniger hochfahrend gegeben. Wood hat große Fabriken in ganz Neuengland und beschäftigt eine große Armee von Arbeitern; er hat eine halbe Million Einkommen. Dabei ist er bekannt dafür, daß man ihm nichts abtrotzen kann. Hatte er anfangs Neigung zu einer gütlichen Schlichtung, so ist sie seit dem Erscheinen Ettors gewichen. Als dieser alles oder nichts forderte, antwortete Wood: Nichts! Und was er sagt, dabei steht die ganze Vereinigung.

Wie ein Ausweg gefunden werden kann, ist bis jetzt noch niemandem klar. Der bittersten Not der Ausländischen wird durch Sammlungen einigermaßen abgeholfen; dabei sind

Bevor du handelst, überlege,
Wie es am besten wird gemacht,
Und hast du reiflich es bedacht,
Dann schaffensfrisch und froh dich rege.

Allgemeine Rundschau.

Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt. Es hat nie eine Zeit gegeben, in der die Menschheit in gleichem Maße wirtschaftlich fortgeschritten wäre, wie im vergangenen und in dem jetzigen Jahrhundert. Bekanntlich sind die Alten der Auffassung gewesen, daß mit der Erleichterung der menschlichen Arbeit das Glück sich bei den Menschen niederlassen würde. Insbesondere ist die Prophezeiung jenes griechischen Weisen bekannt, daß, wenn wir einmal soweit wären, daß die Webeschiffchen ohne menschliches Zutun sich bewegten, eine Ära des Glücks für uns anbrechen würde. Nun hat die in ungeahnter Weise fortgeschrittene Technik uns fast so weit gebracht. Ueberall wird die Menschenarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt. Fühlen wir uns nun auch wirklich zufriedener, wie es unsere Vorfahren von sich sagen konnten?

Es bedarf keinerlei Auseinandersetzung zum Beweise dafür, daß das nicht der Fall ist. Der wirtschaftliche Fortschritt, schreibt der „Deutsche Maler“, der mit einem sozialen hätte Hand in Hand gehen können, hat viel eher das Maß der Unzufriedenheit vom Ärmsten bis zum Bestgestellten unserer Tage vermehrt als die Zufriedenheit. Es ist nicht gelungen, die Schäden, welche die Mehrseite des wirtschaftlichen Fortschritts bilden, so auszuscheiden, daß von einem besonderen sozialen Fortschritt die Rede sein könnte. Daneben hat die steigende Bezwungung der Naturkräfte und die Möglichkeit immer größerer Aneignung der Naturkräfte zu einer Ueberschätzung des Materielle geführt, die in ihren Folgen geradezu verhängnisvoll wirken mußte.

Damit ist aber auch schon angedeutet, wo eingeseht werden muß, wenn auf Besserung gehofft werden soll. Die soziale Reform, die sich die Bekämpfung der wirtschaftlichen Schäden zum Ziel gesetzt hat, muß Hand in Hand gehen mit dem Kampf gegen die Ueberschätzung der Materie. Wir müssen alle versuchen, uns geistig zu verjüngen, wenn wir in sozialem Sinne wirklich fortschreiten wollen. Nur unter dieser Voraussetzung holen wir das Versäumte ein und kann es nur gelingen, den weiter zu erwartenden wirtschaftlichen Fortschritt mit einem weiteren sozialen gleichbedeutend zu machen. Das ist eine Aufgabe, an deren Erfüllung auch ein jeder von uns mitzuwirken berufen ist. Durchbringen wir uns von der Verantwortung, welche die Verhältnisse der heutigen Zeit uns, wie jedem anderen Menschen unserer Tage, auferlegt haben. Den Lohn werden wir ohne Zweifel in uns selbst empfinden.

Wieder ein Bischof für die christlichen Gewerkschaften. Der Bischof von Baderborn, Dr. Schneider, hielt am 25. Februar in einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins von Baderborn eine bedeutsame Rede, in der sich der hohe Herr auch mit aller Entschiedenheit für die christlichen Gewerkschaften aussprach.

Wer einigermaßen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart orientiert sei, würde zugeben müssen, daß der Arbeiterstand außer der religiösen, sittlichen und intellektuellen Hebung durch die konfessionellen Arbeitervereine zur Sicherung seiner wirtschaftlichen Stellung,

insbesondere zur Erreichung gerechter Lohn- und Arbeitsverhältnisse, einer weitgreifenden und starken wirtschaftlichen Organisation bedürfe.

Leider setzte hier der unglückliche Streit mit den Berliner Fachabteilungen ein, der wohl eine prinzipielle Vertiefung des Gewerkschaftsgebankens gebracht haben möge, aber schließlich doch in erster Linie den sozialdemokratischen Gewerkschaften zugute gekommen sei. Der Bischof hegt den Wunsch und die Hoffnung, daß doch bald eine Verständigung kommt.

Dann fährt er fort: „Sie wissen, meine Herren, daß ich aus meinem Vertrauen zu den christlichen Gewerkschaften, denen Sie zur Sicherung Ihrer wirtschaftlichen Interessen beigetreten sind, niemals Fehl gemacht habe. Ich trage auch kein Bedenken, mein Vertrauen auf die weitere Entwicklung der christlichen Gewerkschaften hier erneut zum Ausdruck zu bringen.“

Freilich, die christlichen Gewerkschaften für sich allein können einem katholischen Arbeiter nicht genügen. Es ist durchaus notwendig, daß alle katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gleichzeitig auch Mitglieder unserer katholischen Arbeitervereine sind. Sie müssen einer doppelten Organisation angehören: den christlichen Gewerkschaften nur für die praktische Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen, den katholischen Arbeitervereinen aber zur Wahrnehmung aller anderen, aller höheren Interessen. Daß Sie alle ausnahmslos mit mir diese Forderung erheben, ist bei Ihrer Zugehörigkeit zum Bius-Arbeiterverein gewiß selbstverständlich. Aber Ihre lebhafteste Zustimmung ist mir dennoch lieb und wertvoll.

Ich möchte meine Worte schließen mit dem dreifachen Wunsch, daß einer immer kraftvoller sich entfaltenden christlichen, antisozialistischen Arbeiterbewegung die Ueberwindung der sozialistischen Gefahr gelinge, daß in dieser Bewegung der Diözesanverband unserer katholischen Arbeitervereine an der Spitze marschieren möchte und daß wiederum der Arbeiterverein unsere Diözesanhauptstadt allen voraus sei in einmütigem Eifer für die gute Sache, für die christliche Arbeit, für die Bereithaltung einer wahren Kerntruppe echt katholischer Arbeiter.“

Wir fügen diese offenen und entschiedenen Worte eines katholischen Bischofs mit großer Genugtuung der kürzlich im gleichen Sinne erfolgten Aeußerung des Bischofs von Hildesheim und der wiederholten Stellungnahme des Kölner Erzbischofs an. Solche Stimmen wirken klärend in der Zeit einer unklaren Lage. Sie sind erfreulich, aber auch notwendig zugleich. Notwendig mit Rücksicht auf das vergiftende Treiben, das die Gegner der christlich interkonfessionellen Gewerkschaften aus dem katholischen und dem sozialdemokratischen Lager in den letzten Wochen und Monaten mit verstärkter Bosheit gegen unsere Bewegung ins Werk setzten. In einer solchen Situation wirkt jede Unentschlossenheit und jedes theoretische Deuteln und Drehen nur verdunkelnd und verwirrend, da ist eine klare und entschiedene Stellungnahme von autoritativer Seite notwendig. So oder so, die Arbeiter wollen Klarheit haben.

Eine Erdrösselung der Gewerkschaften. Im sächsischen Landtage ist ein kräftiger Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und die freie Entwicklung

der Gewerkschaften unternommen worden. Der konservative Abgeordnete Dr. Böhme hat einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß die sächsische Regierung im Bundesrate des Reiches folgende Punkte vertrete:

1. a) gesetzliche Maßnahmen gegen das Streikpostenfeste; b) gegen die Störung des Friedens der Bevölkerung; c) gegen die Sabotage.
2. Stellung des Boykotts unter Strafe.
3. Gesetzliche Bestimmungen, nach denen die Gewerkschaftskassen für Schäden, die einzelne Mitglieder anrichten, haften.
4. Außerkräftsetzung des § 152 der Gewerbeordnung für Staatsarbeiter und Arbeiter in solchen Betrieben, deren Aufrechterhaltung für das Gemeinwohl notwendig sind (Verkehr usw.).

Der Antrag läuft auf nichts weniger als auf eine brutale Erdrösselung der Gewerkschaften hinaus. Die Forderung unter Punkt 4 verbietet den Staatsarbeitern und den Arbeitern „in solchen Betrieben, deren Aufrechterhaltung für das Gemeinwohl notwendig sind“, eine Vereintigung zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt, also jedwede Zugehörigkeit zu einer Berufsorganisation. Von einem Verbote der schwarzen Listen der Unternehmer, ihren Sperrmaßnahmen usw. redet der Antrag bezeichnenderweise nicht. Ihnen soll also nach wie vor die größte Freiheit und die Anwendung der schärfsten Mittel im gewerkschaftlichen Kampfe erlaubt sein. Erfreulicherweise hat der Staatssekretär dieser Tage noch erklärt, daß die Reichsregierung an Ausnahmegesetzen zum Schutze der Arbeitswilligen nicht denke. So dehnbar nun die Regierungserklärung auch sein mag, so darf man sich doch wohl der Hoffnung hingeben, daß die Zuchthausvorlage der sächsischen Konservativen im Bundesrate keine Mehrheit finden wird. Vollends würde im deutschen Reichstage eine Mehrheit dafür nicht vorhanden sein.

Die sozialdemokratische Presse findet natürlich die schärfsten Worte gegen das Vorgehen bürgerlicher Parteien. Das ist gut; die christliche Arbeiterkraft wird mit ihr eins sein in der Abwehr jedes Versuchs, das Koalitionsrecht zu verschlechtern. Aber die Vorwürfe, die die Genossen gegen bürgerliche Kreise jetzt erheben, würden sie viel richtiger an ihre eigene Adresse wenden. Das Vorgehen jener Kreise ist doch zum großen Teile nur eine Folge des maßlosen Terrorismus, den die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie in brutaler Weise gegen christlich denkende und christlich organisierte Arbeiter geübt hat und heute noch übt. Das hat die Mühlen der Scharfmacher und ihrer Helfer zum Mahlen gebracht. In letzter Linie sind die Genossen für den Vorstoß des sächsischen Landtages verantwortlich zu machen.

Die Raube der Besiegten. Um sich für den schmerzlichen Verlust des Wahlkreises Bochum zu rächen, führt die sozialdemokratische Presse vom „Vorwärts“ bis zum kleinsten Provinzialblätter einen persönlich gehässigen Kampf gegen den neugewählten Abgeordneten Kollegen Hed-

Erster Lenzgruß.

Bollige Käpchen vom Baldesrand
Und Haselnußwimpel hält meine Hand,
Es lockte sie leise ein Sonnenstrahl,
Der wonnigwarm lugte ins Waldbachtal.
Ich habe sie leuchtenden Auges erichaut.
Es war mir ein Gruß, der erste, so traut
Vom nahenden Lenz. Und laut
Pochte mein Herz in freudiger Lust.
Bald reden die Stämme die Köpfe empor.
Und brechen hervor.
Sacht — eins nach dem andern —
Daß dein Herz nicht extrahie in Seligkeit
Der quellenden Wonne nach Winter und Leid.

Nach dem Brande.

Ein Galtnis und seine Lehren. Von James Gardner.

I.

Es war an einem Sonntagvormittag in diesem Winter, als mir zu Dreien loszogen. Unser Ziel war, einige Familienmitglieder zu besuchen, um diese davon zu überzeugen, wie sehr sie ein Interesse daran hätten, daß die eine oder andere ihrer Töchter sich auch der christlichen Berufsorganisation anschließen. Nach Erledigung der gegebenen Aufgabe machten wir uns hochbefriedigt auf den Heimweg.

Tags zuvor war kurz nach Arbeitsloß in einem Betriebe des Ortes Feuer ausgebrochen. Das hatte einem Teil der Fabrik übel zugezogen. Das Arbeiterinnen war es klar, daß dieses Unglück für die Beschäftigten der Firma schwere Zeiten bringen mußte, und das Empfinden steigerte sich noch mehr, als wir uns vor der Brandstelle befanden. Schon von weitem machte der Verrieb und der Fabrihof einen schaurigen Eindruck. Doch, welche ein Anblick bot sich uns in der Nähe! Der ganze freie Platz war belegt mit Baumwolle — große Ballen mit angebrannten Stellen, andere zerrißen und halbverkohlt — ausgebreitet auf dem Hofraum lag eine Menge noch unzer-

brannter Baumwolle. Daß doch das leichte Gefloche Schnee gewesen wäre! Doch nein, so rauch ein Häufchen setzte die Zerstörungsbearbeit fort und glimmte unter der weiß, braun und schwarz gepfleckten Wolldecke weiter.

Nicht weit von uns standen drei jugendliche Arbeiterinnen, unversehrt sahen auch sie in die Zerstörung; eins von den Mädchen war ja als Arbeiterin des Betriebes direkt vom Unglück in Mitleidenschaft gezogen. Sie stand nun vor der Arbeitslosigkeit! Ja gewiß, diese Erkenntnis war trauriger, als der vorhin geschilderte Anblick. Denn die Firma war doch versichert und so ward ihr für das verlorene Material Entschädigung zuteil, die Arbeiterin aber — sie war nicht versichert, gegen Arbeitslosigkeit nicht verwahrt — mußte die ganze Schwere des Unglücks auf ihre jugendlichen Schultern ruhend fühlen, da sie nicht wußte, wovon sie ihre Bedürfnisse bestreiten sollte.

Und doch war auch ihr, wie schon so vielen anderen, Gelegenheit gegeben worden, sich zu versichern, sich der Gewerkschaft anzuschließen. Aber mißtrauisch hatte sich das kleine Tropföpfchen verhalten; sie wollte sich die Beiträge sparen, sie wollte sich nicht überzeugen lassen von der Sicherheit des Verbandsbeitrages — trotzdem sie Mitgliedsbuch, Karten und die Anstellung über die Leistungen des Verbandes schon gesehen hatte. Ob es der jugendlichen Arbeiterin an jenem Sonntagmittag zum Bewußtsein kam, daß sie nicht klug gehandelt hatte, als sie dem Verband, dem Freunde in der Not, trotzig den Rücken lehnte. Gesagt hat sie es nicht, aber eingesehen mag sie es wohl haben — nach dem Brande!

Das ist ein wahres und ein typisches Beispiel dafür, wie es im Arbeiterinnenleben geht. Die jüngeren und vielfach auch die älteren Mädchen und Frauen denken nicht an den Wert des Zusammenrückens, glauben nicht an die Notwendigkeit der Organisation, bis es vielleicht mal ganz plötzlich ihnen klar wird, wie viel sie durch ihr Zerstreutsein verkannt haben. Da ist zum Beispiel eine Arbeiterin, wo die Arbeiterinnen einen Lohnabzug angefordert bekommen; der macht vielleicht mehr aus, wie der Verbandsbeitrag, den sie erwartet zu haben wähnen, und nun sind sie wütend mit hilflos, weil die Berufsorganisation für sie nicht eintraten kann. Und wieder ein anderer Fall mit Arbeiterinnen; da weiß es jede Einzelne und manche sagt es vielleicht weinend zu Hause: „Wir haben viel mehr Arbeit als früher, aber der Verdienst wird im Vergleich dazu immer weniger!“ Viele Mädchen und Frauen sind auch in den verschiedensten Industrieen beschäftigt, wo sie wohl die gleiche Arbeit zu

leisten haben wie die Arbeiter, aber nicht den gleichen Lohn dafür bekommen! Warum konnten solche Mißverhältnisse und Ungerechtigkeiten einnistet? Warum konnten Verschlechterungen nicht abgewehrt werden? Weil noch zu viele deutsche Arbeiterinnen der Organisation fern stehen, weil die gewerkschaftliche Schulung noch so sehr unter ihnen mangelt! Erst wenn mal der Schaden da ist, wird manche klug!

So ähnlich liegen die Dinge auch bezüglich der Behandlung an der Arbeitsstelle. Jede christlich denkende Arbeiterin weiß, daß man den Vorgesetzten Gehorsam zu erweisen hat. Jedoch hat dieser seine Grenzen. Wenn zum Beispiel heute noch Fälle vorkommen, daß Arbeiterinnen zur Nachtarbeit herangezogen werden, so dürfen wir uns nur daran erinnern, daß dies gesetzlich verboten ist; oder wenn Ueberstunden gemacht werden sollen, zu denen keine Erlaubnis eingeholt und die nicht angeschlagen wurden, dann können die Arbeiterinnen in ihrer Gesamtheit den Schutz der Organisation sehr wohl brauchen. Und wie steht es in untern Fabriken nur oft in sittlicher Beziehung? Da herrscht zuweilen ein System der Bevorzugung, da sind Einzelne, die vielleicht immer die beste Arbeit bekommen. Andere werden benachteiligt dadurch und leiden schwer unter der Behandlung. Aber erst dann, wenn es einmal brennt, wenn der Schaden hoch ist, denken die übrigen Arbeiterinnen an die Berufsorganisation, die hier abhelfen könnte. Letztendlich sind die christlichen Gewerkschaften stets nachdrücklich für eine gerechte Behandlungsweise eingetreten.

Sogar in Bezug auf gesundheitliche Maßnahmen in den Betrieben ist die Berufsorganisation für Arbeiterinnen wertvoll und unentbehrlich; nur sie allein kann Beschwerden und Wünsche wirkungsvoll zur Geltung bringen. Die Luft- und Lichtverhältnisse, die Temperatur im Winter und Sommer, sowie die Reinlichkeit in den Arbeitsräumen können teilweise auf die Gesundheit sehr nachteilig einwirken. Wie viele von den Betroffenen sind da imstande, an der passenden Stelle die Schäden klarzulegen, die Wünsche zu begründen und Vorschläge zur Besserung zu unterbreiten? Kaum eine aus vielen will es tun!

In allen genannten Angelegenheiten ist die christliche Gewerkschaft der beste Anwalt der Arbeiterinnenwelt. Laßt uns darum in allem ihr vertrauen, und zögern wir nicht mit unserem Beschluß bis — nach dem Brande!

Frühling

wird es nun bald. Bald braut es mit Jubel durch die Lande. Frühlingsstimmung muß in unsere Reihen eintreten. Ueberall muß es mit Lust und Eifer an die Werbearbeit gehen.

mann, dem vor allem Streitbruch bei der großen Bergarbeiterbewegung im Jahre 1905 nachgesagt wird. Diesen Treibereien gegenüber veröffentlicht der „Bergknappe“ (Nr. 8, 1912) nachstehende Erklärung, welche Heckmann vor der Reichstagswahl abgegeben hat:

„Erklärung! Das Bochumer sozialdemokratische „Volkblatt“ und die sozialdemokratischen Flugblätter bezeichnen mich, obwohl ich diese Behauptung schon wiederholt als Lüge zurückgewiesen habe, immer wieder als Streikbrecher. Demgegenüber erkläre ich: Ich bin 1905 nicht Streikbrecher gewesen, sondern habe bis zum letzten Augenblick im Streit mit meinen übrigen Kameraden ausgeharrt. Ich habe auch der Aufforderung des Evangelischen Arbeiterbundes, an der ich keinen Anteil hatte, nicht Folge geleistet. Ich appelliere an das Ehr- und Solidaritätsgefühl meiner Kameraden, daß sie das glauben, was ich mit meinem Mannesworte bekräftige, und daß sie sich nicht durch sozialdemokratische Lügen und Fälschungen irremachen lassen.“

Karl Heckmann.

Außerdem hat sich ein früherer Arbeitskollege von Heckmann beim „Bergknappe“ gemeldet, der zu jeder Zeit bezeugen kann, daß der Abgeordnete Kollege Heckmann 1905 kein Streikbrecher gewesen ist. Daraus ist zu ersehen, was von den sozialdemokratischen Unwürten zu halten ist.

Zur Frage der Festlichkeiten in den christlichen Gewerkschaften bringt das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften in seiner Nr. 4 vom 19. Febr. einen Artikel, der in der Hauptsache diejenigen Richtlinien wieder in Erinnerung bringt, die vor einigen Jahren vom Ausschusse des Gesamtverbandes in dieser Frage aufgestellt worden sind.

Einleitend versucht der Artikel mit einigen Strichen die Aufgabengebiete abzugrenzen, die den konfessionellen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften zur Bearbeitung offen stehen. Den christlichen Gewerkschaften obliegt die Aufgabe, auf die sich das Interesse der Arbeiter in der Gegenwart am meisten konzentriert: die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen bei Gestaltung des Arbeitsverhältnisses. Neben der Betätigung auf religiös-sittlichem Gebiete und der Schulung der Arbeiter in staatsbürgerlichen Fragen obliegt den konfessionellen Arbeitervereinen die Pflege der Geselligkeit.

„Wenn nun die christlichen Gewerkschaften von den konfessionellen Jugend-, Gesellen- und Arbeitervereinen eine Unterstützung und Förderung ihrer Bestrebungen erwarten, dann kann den gleichen Vereinen billigerweise nicht verwehrt werden, wenn auch sie von den christlichen Gewerkschaften die Einhaltung der Grenzlinien zwischen den beiderseitigen Aufgabengebieten verlangen.“

Dann tritt das „Zentralblatt“ der Auffassung entgegen, die man hier und da auch in den Kreisen der Mitglieder unseres Verbandes aussprechen hört, man könne in den christlichen Gewerkschaften schon mit Rücksicht auf die sozialdemokratische Agitation ohne Festlichkeiten nicht auskommen. So wenig die christlichen Gewerkschaften an Radikalismus es mit der Sozialdemokratie aufnehmen können, genauso wenig vermögen sie mit dieser eine Konkurrenz hinsichtlich der Veranstaltung von Festlichkeiten zu bestehen. Das Uebermaß, das die sozialdemokratischen Berufsorganisationen, die der Textilarbeiter gewöhnt nicht ausgenommen, an Festabenden, Tanzkränzchen und Tanzkursen leisten, ist wahrhaftig das Entgegengesetzte von einer Erziehung der Arbeiter zu gesundem gewerkschaftlichem Denken. Es paßt auch wie die Faust aufs Auge zu den Glendebildern, die in der sozialdemokratischen Presse aus bekannten Gründen von der Lage der Arbeiter gezeichnet werden.

„Vermögen wir sonach“, heißt es dann im „Zentralblatt“, „in dieser Hinsicht dem sozialdemokratischen Beispiel nicht zu folgen, so kann seitens der leitenden Instanzen oder der Kongresse der christlichen Gewerkschaften aber ebensowenig ein generelles Verbot hinsichtlich der Veranstaltung von Festlichkeiten ausgesprochen werden. Die christlichen Gewerkschaften können nicht auf der ganzen Linie gegen Zustände ankämpfen, die sie weder verdrängt noch geschaffen haben, und die schon bedeutend älter sind als die christlichen Gewerkschaften selbst. Dazu liegen auch die Verhältnisse im weiten Bergbaubereich zu verschieden. In den meisten Bergbaubezirken besteht unter der christlich-national gefärbten Arbeiterschaft die alte Sitte, Kaisergeburtstagsfeiern zu veranstalten. Nicht überall sind konfessionelle Arbeitervereine eingeführt zur Veranstaltung solcher Feiern. Sollen vielmehr hier die christlichen Gewerkschaften an ihre Zahlstellen ein Verbot der Kaisergeburtstagsfeiern erlassen? Gleiche Sitten und Gebräuche bestehen bei fast allen Organisationen der Staatsangehörigen und -Arbeiter. Weiter gibt es eine Anzahl kleinerer Orte, in denen sich konfessionelle Arbeitervereine nicht bilden lassen, so daß dort die christlichen Gewerkschaften den Mittelpunkt des Vereinswesens für die arbeitende Bevölkerung darstellen. Schließlich bestehen im Osten und an der Saar, soweit die katholische Arbeiterschaft in Frage kommt, meist nur Arbeitervereine „Berliner“ Richtung, denen die christlichen Gewerkschaftler nicht beitreten können. In diesen Bezirken sind zeitweilige gefällige Unterhaltungen der christlichen Gewerkschaften nicht zu umgehen. Ebensowenig kann es den christlichen Gewerkschaften eines Ortes verwehrt werden, bei Gelegenheit eines christlichen Gewerkschaftskongresses oder der Generalversammlung eines Verbandes zu Ehren der auswärtigen Delegierten eine Begrüßungsfeier zu veranstalten. In diese Lage kommt allerdings der einzelne Ort nur alle 10—20 Jahre. An geselligen Unterhaltungen

der christlichen Gewerkschaften, bei den vorbezeichneten Anlässen und in angemessenem Rahmen veranstaltet, können sonach die konfessionellen Jugend-, Gesellen- und Arbeitervereine einen berechtigten Anstoß nicht nehmen. Wir sind also auch in der Festlichkeitsfrage nicht geneigt, das Kind mit dem Bade ausschütten zu lassen.

Nun aber die andere Seite. Vor Jahren gab es ohne Zweifel ein Uebermaß von Festlichkeiten in den christlichen Gewerkschaften. Im November 1905 befaßte sich alsdann der Ausschuss des Gesamtverbandes mit der Angelegenheit und beschloß, daß „Festlichkeiten mit Tanzvergnügen durch die einzelnen Zahlstellen“ der Verbände nicht abgehalten werden sollen. Wo man glaubt, ohne Unterhaltungen nicht auskommen zu können, soll ein Gewerkschaftsfest „höchstens einmal im Jahre und für alle am Orte bestehenden Zahlstellen gemeinsam abgehalten werden“. Die Festlichkeiten sollen stets frühzeitig beendet werden“. Dieser Beschluß des Ausschusses des Gesamtverbandes hatte eine gute Wirkung zur Folge. In sehr vielen Orten und Bezirken hat man, anstelle der früheren vielen Festlichkeiten der einzelnen Zahlstellen, ein gemeinsames Jahresfest der christlichen Gewerkschaften eines Ortes eingeführt, ohne daß dadurch die einzelnen Zahlstellen aus den Fugen gegangen sind oder die agitatorische Arbeitsfreudigkeit nachgelassen hätte. Im Gegenteil: der Gedanke der Zusammengehörigkeit der christlichen Arbeiter der verschiedenen Berufe hat durch ein gemeinsames Fest nur gewonnen, wie auch bei einem gemeinsamen Fest bessere Leistungen geboten werden können, als bei den Veranstaltungen der Zahlstellen der einzelnen Verbände. Trotz der bezeichneten guten Wirkung sehen wir uns genötigt, den Beschluß des Ausschusses des Gesamtverbandes erneut in Erinnerung zu bringen. Ein kleiner Kreis von Zahlstellen glaubt nämlich immer noch oder wieder erneut, sich auf besondere Festlichkeiten kaprizieren zu dürfen. Böse Beispiele verderben dann gute Sitten. Und so scheint das alte Uebel in einzelnen Bezirken wieder erneut aufleben zu wollen. Der Ausschuss des Gesamtverbandes hält aus guten Gründen auch heute noch an seinem ehemaligen Beschluß fest.

Hoffentlich genügen diese Darlegungen, um etwa 10% der Zahlstellen der verschiedenen Verbände in der Festlichkeitsfrage in die gleiche Reihe zu bringen, in die sich bereits 90% aller Zahlstellen, ohne in agitatorischer Hinsicht Schaden zu nehmen, eingeordnet haben.“

Not britisch. Schon lange haben unsere Vettern über dem Kanal den Eroberungszug der deutschen Industrie, und hauptsächlich des deutschen Außenhandels, mit sorgenvoller Aufmerksamkeit verfolgt. Aus Sorge um die eigenen Absatzgebiete hat das englische Parlament im Jahre 1887 ein Gesetz angenommen, nach dem alle in England und den englischen Kolonien eingeführten Industrieerzeugnisse in deutlich sichtbarer Schrift die Angabe ihres Erzeugungslandes aufweisen müssen. Mit dieser Kennzeichnung wollte man sich die lästige Auslandskonturrenz, und vor allem die deutsche Konkurrenz vom Halse halten. Aber es kam anders. Das „Made in Germany“ wurde nicht Schreckmittel, sondern Lockmittel, und der Erfolg war nach der anderen Seite. Das „Made in Germany“ wurde zum Ehrentitel und zu einer wirksamen Reklame für die deutsche Industrie.

Man sucht man diese ungewollte Reklame wieder zu beseitigen. Dem englischen Parlament liegt ein Gesetzentwurf (bill) vor, der die genaue Bezeichnung des Ursprungslandes der Erzeugnisse beseitigen möchte, aber nicht etwa aus Liebe für die ausländischen Erzeugnisse, sondern an Stelle des „Made in Germany“ soll in Zukunft die schlichte Aufschrift: „Not british“, d. h. „nicht britisch“, treten. Mit diesem „Not british“ hofft man das Nationalgefühl der Angelsachsen und ihrer Trabanten anzuregen und wachzuhalten. Weiter hofft man von der Verwischung der Kennzeichnung des Erzeugungslandes vor allem der lästigen und immer gefährlicher werdenden deutschen Konkurrenz einen Döb zu verlegen. Begreiflicherweise hat diese Lage bereits die freudige Zustimmung einer ganzen Anzahl englischer Handelskammern und Industriellen gefunden, und es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Vorlage nicht Gesetz werden wird. Wir sehen auch hier, daß das angebliche Freihandelsland England mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln seine eigene Industrie vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen sucht.

Demgegenüber sei das deutsche Publikum an eine feider immer mehr um sich greifende Unsitte erinnert, die geradezu zu einer Schwärmerei für fremdländische Fabrikate zu werden droht. Es sei nur darauf hingewiesen, daß viele Deutsche — und in der Hauptsache sind es die besser situierten Kreise — für Herrenanzüge englische Stoffe wünschen, verlangen und vorziehen. Es sei weiter hingewiesen auf die Manie, nur „echt“ türkische und persische Teppiche zu kaufen. In der Hauptsache beruht dieses Vorgehen auf Vorurteil und Unwissenheit.

Der englischen Industrie stehen, was die Tuchindustrie angeht, bessere Materialien als der deutschen nicht zur Verfügung. Ausgenommen eines ganz verschwindend kleinen Teils schottischer Schafwolle, aus der sich allerdings erstklassige Fabrikate verarbeiten lassen. Die hierzu zur Verfügung stehenden Mengen an Rohstoffen stehen aber in gar keinem Vergleich zum Allgemeinverbrauch an Wolle in England. Nicht die Güte und die Preiswürdigkeit können für die Bevorzugung englischer Fabrikate in Frage kommen, sondern die durch nichts gerechtfertigte Schwärmerei weiter Kreise des

kaufenden deutschen Publikums für englische Stoffe. Daselbe läßt sich von der deutschen Teppichindustrie sagen. Auch sie steht durchaus auf der Höhe und leistet sowohl an Qualität als auch hinsichtlich einer preiswerten Ware durchweg Vorzügliches.

Angesichts des Vorgehens der englischen Regierung wäre es nur zu begrüßen, wenn das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sich mehr auf seine eigene Industrie besänne, die um neue Absatzgebiete schwer genug zu kämpfen hat.

Der angeblich neutrale Buchdruckerverband hat bei den vergangenen Reichstagswahlen die Agitation für die Sozialdemokratie so offensichtlich betrieben, daß sein Neutralitätsnimbus für immer dahin ist. Neben den Wahlartikeln im Verbandsorgan, neben Geldzuwendungen aus Verbandsmitteln etc. ist auch in den Verbandssammlungen eifrig für die revolutionäre Sozialdemokratie Propaganda gemacht worden. In Berliner Verbandssammlungen verkaufte man an den Tischen offene Quittungskarten für die sozialdemokratische Partei. In einer Leipziger Versammlung meinte der Gauvorsitzende Engelbrecht:

„Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß die Gewerkschaft allein dazu in der Lage sei, vollständige Abhilfe zu schaffen. Wir wären Kinder, wenn wir das glaubten. Eine grundlegende Änderung könne nur die politische Aktion bringen. Die Gewerkschaften müssen sich in ihrem und ihrer Familien Interesse politisch betätigen und bei den Wahlen nur Vertreter wählen, die keine Lebensmittel verteuern den Gesetze machen.“

Die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung brachte diese Stelle in Fettdruck und der „Korrespondent“, das Verbandsorgan, nennt diese Wendung in Nr. 120 „sehr glücklich“.

In einem Versammlungsbericht der Weimarer Volkszeitung (Nr. 245, 1911), konnte ein Buchdrucker schreiben:

„Kollege Engelbrecht hat hier (mit der Aufforderung, rot zu wählen, D. R.) das Richtige getroffen. . . . Die kommenden Reichstagswahlen sollen deshalb auch uns Buchdrucker an Schulter an Schulter mit der übrigen Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Lebensmittelveuteurer, die bürgerlichen Parteien, finden. Kollegen, werdet Mitglieder der sozialdemokratischen Partei.“

Ueber eine Versammlung in Dresden berichtet die Dresdener Volkszeitung vom 23. Oktober in Sperddruck:

„Von mehreren Rednern, so auch vom Gauvorsitzer Wendische, wird hervorgehoben, daß durch die Tarifrevisionen kaum das wagt gemacht werde, was durch die Schutz- und Steuerpolitik der herrschenden Klassen den Arbeitern auferlegt wurde, darum sollten sich die Buchdrucker mehr als bisher auf politischem Gebiet betätigen. Wer heute nicht politisch organisiert sei, habe seine Zeit noch nicht begriffen.“

Die sozialdemokratische „Tribüne“-Erfurt (Nr. 252, 1911) berichtet über Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Stange wie folgt:

„Die Kollegen sollten aus dem Ausgange der Tarifberatungen lernen, die Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lage nicht allein von den Gewerkschaften zu erwarten, sie müßten sich auch der politischen Partei als Mitglieder anschließen, die ganz allein bestrebt sei, der Arbeiterschaft günstige wirtschaftliche Lebensbedingungen zu erkämpfen und die Arbeit der Gewerkschaften auch durch gesetzliche Maßnahmen zu unterstützen und zu festigen. Diese Partei sei die Sozialdemokratie.“

Und in einer Resolution heißt es: „Ferner empfiehlt die Versammlung den Kollegen aller Orten, sich mehr wie bisher politisch zu betätigen.“ — Der „Volkswort“-Stettin (Nr. 251, 1911) bemerkt dazu: „Wir können uns den berechtigten Ausführungen nur vollkommen anschließen.“

„Diese politische Interessenvertretung ist für jeden Buchdrucker nur die sozialdemokratische Partei.“ Diese Stichproben dürften genügen, um die Neutralitätsheuchelei des Buchdruckerverbandes zu kennzeichnen. Seine Neutralität ist für immer dahin.

„Freie“ Gewerkschaften und Reichstagswahlen.

Die angeblich neutralen „freien“ Gewerkschaften brühten sich jetzt noch mit der leidenschaftlichen Wahlarbeit, die sie bei den letzten Wahlen für die Sozialdemokratie geleistet haben. Der sozialdemokratischen „Volkarbeiter-Zeitung“ (Nr. 3, 1912) ist der Wahlausfall „ein Erfolg, dessen wir (d. h. die „freien“ Gewerkschaften) uns aus vollem Herzen freuen können. . . . und die Mitglieder der Gewerkschaften können mit Befriedigung konstatieren, daß sie ihr redliches Teil zu diesem Triumph der deutschen (lies: sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung beigetragen haben“. Ähnliche Löhne reden auch die übrigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsorgane.

Wie bisher, so wollen sich die „freien“ Gewerkschaften aber auch weiter als Zutreiber der Sozialdemokratie betätigen. In einem von mehreren Gewerkschaftsblättern (u. a. „Courier“ und „Grundstein“ Nr. 7 1912) abgedruckten Artikel über „Die Lehren der Reichstagswahlziffern“ heißt es zum Schluß:

„Unsere Kollegen aber werden von Stund an wieder an die Kampfungsarbeit gehen. . . . Sie wissen, wo es not tut, und sie werden im eigenen Interesse alles aufbieten, daß der Volkswille endlich einmal im Parlament voll und unverfälscht zum Ausdruck komme.“

Was nach dem ganzen Inhalt des langen Artikels nur heißen soll: die „freien“ Gewerkschaften werden alles aufbieten, die revolutionäre Sozialdemokratie weiter zu stärken.

Sirisch-Dundersche Neutralität. Trotz ihrer Ablehnungsvorläufe können die Sirisch-Dunderschen Gewerksvereine die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß sie mit den politisch linksliberalen Parteien geistig verschmilzt sind, auch getreulich die Geschäfte dieser Parteien besorgen. Sie sind auf der Weltanschauung dieser Parteien aufgebaut, ihre Gedankenrichtung, politischen Ziele und wirtschaftlichen Programmpunkte sind auch die der Sirisch-Dunderschen Gewerksvereine. Das ist ganz verständlich, wenn man diese Gewerkschaftsrichtung unter dem Gesichtspunkte ihrer geschichtlichen Entwicklung betrachtet.

Zur Zeit der politischen Gärungen und Entscheidungen in den 60er Jahren kam es für die damalige Fortschrittspartei darauf an, ihre Anhänger innerhalb der Arbeiterbevölkerung vor dem Abmarsch in das sozialdemokratische Lager zu bewahren und für die liberale Fortschrittspartei zu erhalten. Als eins der Mittel hierzu sollten die Gewerksvereine dienen. Und im ganzen Verlaufe ihres ziemlich unbedeutenden und belanglosen Daseins haben die Sirisch-Dunderschen Gewerksvereine die Spuren dieser liberalen Vaterlandschaft und dieses politisch liberalen Gründungsziels nicht verwischen können. Ihre frühere ablehnende Stellung zum Arbeiterschutz und zur Arbeiterversicherung, die Ueberbarmung des Unterstützungssystems, die übertriebene Betonung der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“, ein Programmpunkt, der den Gewerksvereinen den Namen Harmonieklubler eintug und der beim Waldenburger Bergarbeiterkampf in den 80er Jahren elendig fiasko erlitt, sind zu erklären aus der Ideengemeinschaft mit den linksliberalen Parteien und dem parteipolitischen Nebenweck der S.-D. Gewerksvereine. Wer wissen will, wie in den Organen der Gewerksvereine religiöse Fragen behandelt wurden, lese die Broschüre von A. Gilling über die von D. Hartwig über die Neutralität dieser Gewerkschaftsrichtung. Beide Broschüren werden in Köln in der Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zu haben sein.

Wir könnten nun einen ganzen Haufen von Beispielen dafür erbringen, daß die Sirisch-Dunderschen Gewerksvereine an zahlreichen Orten in den Wahlkampf eingegriffen, um Stimmungen für die linksliberalen Parteien und ihre Kandidaten zu machen. In den Wahlaufrufen der Sirisch-Dunderschen Arbeiterschaft wurden die schärfsten Worte gebraucht gegen die Rechts- und Mittelparteien, gegen diese „Brot- und Steuerwucherer“, gegen „diese Feinde freier Willkür“. Die bürgerlichen Linksparteien allein dürften unterstützt werden. Als die Reichstagswahlen vorüber waren, rief der „Gewerksverein“, das Zentralorgan der S.-D. Gewerksvereine, in derselben Weise ins Horn. Er freute sich über den Sieg der Linken, über die Zertrümmerung „der alten, reaktionären Reichstagsmehrheit“.

Einen noch neueren Beleg für die Unwahrscheinlichkeit der Behauptung der Sirisch-Dunderschen Gewerksvereine, sie seien die wirklich und einzig neutralen Gewerkschaften in Deutschland, entnehmen wir den „Dresdener Nachrichten“ vom 21. Febr. 1912, Nr. 50. Da wird folgendes berichtet:

„Der Ortsverein Dresden der deutschen Gewerksvereine (Sirisch-Dunder) hielt am 17. Februar im Zentral-Vereinslokal eine gut besuchte Versammlung ab, in der Herr Lehrer Artz über den Regierungsentwurf zum neuen Volksschulgesetz sprach. Es wurde am Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen:

1. Einführung der allgemeinen Volksschule.
2. Einführung des Religionsunterrichts im Sinne der Zwifauer Thesen.
3. Beseitigung der Aufsicht im Religionsunterricht durch den Geistlichen.
4. Einführung des Unterrichts im Sinne der Arbeitsschule.
5. Unentgeltlichkeit des Unterrichts.“

Bekanntlich haben früher schon einige jüdische Zehntausende der S.-D. Gewerksvereine in diesem Sinne Stellung genommen. Die Zwifauer Thesen, wovon in dem Bericht die Rede ist, verlangen die vollständige Religionslosigkeit der Schule.

Zu diesen Dingen in irgend einem Sinne Stellung zu nehmen, ist jedermanns eigene Sache, aber niemals Sache einer Gewerkschaft. Sie hat sich um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und was direkt damit zusammenhängt, zu kümmern, aber nicht um den ideellen Charakter des Volksschulunterrichts. Wenn eine Gewerkschaft es dennoch tut, kann sie keinen Anspruch mehr darauf machen, eine politisch-neutrale Berufsorganisation zu sein, der sich jeder Arbeiter ohne Unterschied des religiösen und politischen Bekenntnisses anschließen kann. Wenn also die S.-D. Gewerksvereine immer wieder behaupten, sie seien wirklich neutrale Organisations, ihnen könne ein Arbeiter jeglichen Bekenntnisses angehören, so ist das eine ganz freche Unwahrscheinlichkeit, wenn man keine päckerle Bezeichnung wählen will.

Sozialdemokratische Arbeitervertretung. In dem kleinen Bande Schwarzburg-Rudolstadt haben die Sozialdemokraten die Mehrheit im Landtage. Ohne sie kann die Regierung keine Politik und keine Gesetzgebende Arbeit leisten. Es ist nun ebenso interessant als bezeichnend, in welcher Weise die Gewerkschaften ihren Einfluß dort zu gewinnen der Arbeiter ausüben.

Es war zwischen Regierung und sozialdemokratischer Fraktion zu erweisen Differenzen gekommen. Es handelte sich um eine Wahlrechtsfrage und um eine Steuerreform, die die Gewerkschaften angeblich im Interesse der Arbeiter erheben wollten. Nun kann aber zwischen beiden eine Einigung zustande. Und auf welcher Basis? Nach einem Bericht der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ vom 27. Febr. a. verzichteten die Gewerkschaften auf die baldige Durchführung ihrer Forderungen, weil die Regierung versprach, einen Gesetzentwurf auf Trennung von Kirche und Staat einzuführen.

Dieser Vorgang eröffnet der Arbeiterschaft sehr zweifelhafte Aussichten für die Politik der Zukunft. In Frankreich, Belgien u. a. treiben die Genossen mit den Linksliberalen das im Großen, was unsere deutschen Sozialisten in Rudolstadt im Kleinen üben. Die Interessen der Arbeiterschaft geben sie mit spielender Gleichgültigkeit preis, wenn sie in über Kulturkampf machen können. Die Unternehmer lachen sich dabei ins Häufchen, denn wo die Arbeiterschaft im Kulturkampf macht, blüht der Weizen der sozialen und wirtschaftlichen Reaktionäre.

Aus unserer Industrie.

Rundschau auf dem Textilmarkt.

Der Aufschwung, den die Baumwollindustrie infolge des Sinkens der Rohstoffpreise genommen hat, machte sich in erster Linie durch eine lebhaftere Beschäftigung bemerkbar. Der Auftragsbestand der Spinnereien und Webereien gestaltete sich um so besser, da es eine Zeitlang schien, als ob die Rohstoffpreise nur vorübergehend auf einem niedrigen Stand angelangt seien, um dann wieder eine steigende Tendenz einzuschlagen. Inwiefern das letztere der Fall war, werden wir nachher sehen, hier genügt uns die Konstatierung der Tatsache, die aus Furcht vor weiteren Preiserhöhungen die Konsumenten zur möglichst raschen Deckung ihres voraussichtlichen Bedarfs veranlaßte.

Wie außerordentlich günstig diese Erscheinung auf den Arbeitsmarkt

im Dezember eingewirkt hat, haben wir das letzte Mal gehört. Daß die Aufwärtsbewegung auch im Januar angehalten hat, wenn auch in langsamerem Tempo, ist zwar erfreulich, aber nicht von der Bedeutung wie die im Dezember, denn der Januar bringt manchemal lebhaftere Beschäftigung. Im Januar kamen in der Textilindustrie auf 100 offene Stellen 123 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter gegen 130 im Dezember 1911 und 159 im Januar des Vorjahres. Der Stand ist nicht nur gegen den gleichen Monat des Vorjahres ein außerordentlich günstiger, sondern gegen alle Monate i. J. 1911; denn er wird nur durch den im April 1911 übertraffen, wo auf 100 offene Stellen 108 Arbeitsgesuche kamen. Es liegt in der Natur der Textilindustrie, daß der Bedarf und deshalb auch die

Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften

besonders stark ist — so stark wie sonst in keiner Industrie. Bei einem Anziehen der Konjunktur macht sich deshalb nicht wie in andern Industrien ein gegen die Entwicklung des Arbeitsmarktes für männliche Personen ungünstiges oder ungünstigeres Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bemerkbar, sondern es steigt regelmäßig die Nachfrage auch nach weiblichen Arbeitskräften. So ist es denn nicht zu verwundern, daß auf 100 offene Stellen weniger Arbeitsgesuche im Januar einfallen wie in Zeiten stark niedergehender Konjunktur. Es kamen auf die genannte Zahl offener Stellen 84 Arbeitsgesuche gegen 91 im Dezember 1911 und 93 im Januar 1911. Im Vergleich mit den früheren Monaten des vorliegenden Jahres ist der Stand wie bei den männlichen Arbeitern ein sehr günstiger. Man muß schon bis zum Juli 1911 zurückgehen, um ein gleich günstiges Verhältnis zu finden.

Aus der Textilindustrie sind bei 731 Arbeitsnachweisen, die an das Reichsarbeitsblatt berichtet haben, insgesamt 2451 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 1935 offene Stellen und 1659 Vermittlungen gegenüberstehen. Die Zahlen weisen überall eine Erhöhung gegen den Dezember 1911 auf, gegen den die Arbeitsgesuche sich um 380, die offenen Stellen um 361 und die Vermittlungen um 303 vermehrt haben. Die Vermehrung ist überall annähernd die gleiche geblieben.

Der

Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit

weist durchaus nicht das günstige Bild auf, das sich uns in der Textilindustrie zeigt. Es ist dies um so mehr zu betonen, als die Berichte aus den beiden Hauptindustrien Deutschlands — der Metallindustrie und der unfrüheren günstig lauten. Dem günstigen Stand dieser Industrien steht die schlechte Lage anderer gegenüber, die auf die Gesamtzahl stark einwirken. Diese wird des weiteren noch ungünstig beeinflusst durch die große Anzahl der Arbeitsgesuche aus dem Baugewerbe. Bei diesen kommen 459 Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen. Diese Gestalt hat allerdings nichts Bedenkliches an sich, sie ist in der Jahreszeit begründet.

Auf 100 offene Stellen kamen im Januar 192 Arbeitsgesuche gegen nur 183 im Dezember. Die Besserung gegen den Januar 1911 ist nicht sehr bedeutend, da hier auf die gleiche Anzahl offener Stellen 196 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter kamen.

Günstiger hat sich der Markt für weibliche Arbeitskräfte entwickelt. Er weist zwar gegen den Januar 1911 noch immer eine nicht unbeträchtliche Verschlechterung auf, gegen den Dezember aber eine noch erheblichere Besserung. Auf 100 offene Stellen kamen im Januar d. J. 100 Arbeitsgesuche gegen 112 im Dezember und 90 im Januar 1911.

Bei den an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Arbeitsnachweisen sind insgesamt im Januar (Dezember) eingelaufen 378 000 (310 000) Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter, denen 197 000 (169 000) offene Stellen und 176 000 (151 000) Vermittlungen gegenüberstehen. Von weiblichen Arbeitsnachweisen sind 72 000 (45 000) Gesuche eingelaufen, denen 22 000 (18 000) offene Stellen und 17 600 (13 200) Vermittlungen gegenüberstehen.

Wenn wir in unserem letzten Bericht gesagt haben, die Besserung, die sich in der

Baumwollindustrie

allenthalben bemerkbar machte, sei eine Folge des Niedergangs der Rohstoffpreise, so können wir dieses Mal mit dem gleichen Recht behaupten: die hausse, die überall eingetreten ist, ist eine Folge der wieder anziehenden Rohstoffpreise. Die Bewegung hat bereits im Januar eingesezt und im Februar einen Fortgang erfahren, so daß die Konsumenten schon Furcht hegten, die Preise möchten die alte Höhe wieder erreichen. Die Furcht bewirkte reichliche Bestellungen. Verschiedene Momente gaben Veranlassung zur Erhöhung der Baumwollpreise. Wir haben das letzte Mal die Valorisationsprojekte erwähnt — es hat sich herausgestellt, daß sie nicht allzu ernst zu nehmen sind. Dafür taucht aber jetzt wieder die Nachricht auf, daß Bestrebungen gemacht würden, die Baumwollpflanzler in Amerika zu einer Einschränkung der Produktion zu veranlassen, welche dadurch um etwa ein Viertel vermindert würde. Mögen nun diese Berichte in den tatsächlichen Verhältnissen begründet sein oder nicht, jedenfalls erreichen sie ihren Zweck. Sie beunruhigen den Rohstoffmarkt nicht nur in Amerika, sondern auch auf dem Kontinent. Diese Manipulationen erinnern lebhaft an die, welche beim Bekanntwerden der Rekkorbernte gemacht worden sind, um die Preise in der Höhe zu halten. Ein weiteres Moment, das die Rohstoffpreise in die Höhe getrieben hat, liegt in dem qualitativen Ausfall der Baumwollenernte, die teilweise minderwertig ist. Nicht unerwähnt darf bei Besprechung der Preismomente die starke Nachfrage nach Baumwolle bleiben, die beim Fehlen größerer Vorräte von früheren Jahren nicht nur in Deutschland, sondern auch in England und vor allem auch in Amerika selbst recht kräftig eingesezt hat. Wie bedeutungsvoll der letztere Umstand ist, wird am besten dadurch illustriert, daß bis jetzt ca. eine Million Ballen Baumwolle mehr nach dem Kontinent geliefert worden sind, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Seit 1. September sind von Amerika an die Spinnereien des Kontinent 3 483 000 Ballen geliefert worden gegen 2 439 000 in der gleichen Zeit 1910 und 2 334 000 1909. Insgesamt sind bisher in Amerika, England und Deutschland 8704 000 Ballen abgegeben worden gegen 7 264 000 Ballen im Vorjahr und 6 759 000 i. J. 1909. An der Preiserhöhung partizipierte natürlich auch die ägyptische Baumwolle. In Argentinien machen sich Bestrebungen geltend, die für unsere Baumwollindustrie von weitgehender Bedeutung sind; man beabsichtigt nämlich eine Vollerhöhung von Baumwollwaren. Ihr Zweck geht aus einer weiteren Bestimmung des Gesetzentwurfes, welche die zollfreie Einfuhr von Maschinen für Baumwollspinnereien gestatten will, klar hervor. Es handelt sich um nichts anderes als eine Industrie in Argentinien selbst hervorzuheben und die ausländische Einfuhr zu unterbinden. Für die deutsche Textilindustrie wäre das ein nicht unempfindlicher Schlag, denn die Ausfuhr an baumwollenen Geweben nach Argentinien hatte 1910 einen Wert von 9,6 Millionen Mark.

Der Baumwollgarnmarkt liegt sehr fest, ebenso die Weberei. Sämtliche Werke sind teilweise auf lange Zeit hinaus voll beschäftigt. Die Preise sind in den letzten Wochen etwas gestiegen, PreiskonzeSSIONen seitens der Fabrikanten kamen nicht vor. Die Weiß- und Buntwebereien sind im allgemeinen gut beschäftigt, was besonders vom Exportgeschäft gilt. Der Inlandsmarkt ist zwar ruhig, doch nicht unbefriedigend. Die Nachrichten aus den niederrheinischen Kessel- und Nordwebereien lauten durchweg günstig. Bei den ersteren war zwar der Januar ziemlich ruhig, der Februar aber hat einen lebhaften Aufschwung gebracht.

Der deutsche Wollmarkt

zeigt eine außergewöhnliche Festigkeit, die Preise sind durchaus stabil. Die Londoner Auktion von Kolonialwollen, die am 3. Februar ihr Ende erreicht hat, war gut besucht, und es herrschte lebhafter Stimmung. Von 180 000 Ballen verfügbarer Wolle wurden 167 000 Ballen verkauft und zwar 92 000 nach England selbst, 68 000 nach Deutschland und 7000 nach Amerika. Der deutsche Wollmarkt bietet keine günstigen Aussichten, besonders wegen der mangelhaften Qualität. Ein entgeltliches Urteil wird man sich nach dem Anfang der Wollversteigerungen in Berlin bilden können, die am 6. März beginnen; zirka 10 000 Zentner gelangen zum Verkauf. Der Markt in Kammlingen, Kammgängen und Wollabfällen war ruhig, doch blieben die Preise fest. Ähnlich liegen die Verhältnisse auf dem Wollgarnmarkt. Die Preise für Kammgarne sind vielleicht etwas gestiegen, ebenso die für Streichgarne.

Es ist eine auffallende Erscheinung, daß die Wollindustrie die vorhandenen Vorräte zu festen Preisen dauernd aufnimmt, ohne daß in ihr selbst ein nennenswerter Aufschwung zu bemerken wäre. In wollenen und halb wollenen Geweben ist von einer Belebung nicht viel zu merken, wenn sich auch in den niederrheinischen Buckelin-, Kammgarn- und Cheviotwebereien die Lage etwas gebessert hat. — Aus dem Ausland, besonders aus Argentinien sind einige Bestellungen eingegangen, während der Inlandsabsatz sich in engen Grenzen hält bei notwendiger Bedarfsdeckung.

In Herren- und Damenkleiderstoffen ist das Geschäft jetzt lebhafter. Zwar hat der milde Winter manche Hoffnungen enttäuscht, da die rechte Kaufzeit fehlte, der Januar und Februar hat aber eine Belebung gebracht. Bemerkenswert ist, daß Cheviotstoffe stark gefragt sind, auch nach Kam- und Streichgarnen tendiert die Mode. Auch als Damenkleiderstoffe findet Cheviot reichliche Verwendung.

In der

jüdischen Strumpf- und Handschuhbranche

ist eine Aenderung nicht eingetreten. Einzelne Fabriken in der ersteren sind sehr gut beschäftigt, da sie die

Drauf und Dran!

Noch ist es Zeit, um zu werben! Zu werben für unseren Verband, der in der kommenden Zeit mit besonderem Nachdruck unsere Berufsinteressen vertreten soll. Der Aufruf ergeht an alle Mitglieder! Wer wollte sich feige und treulos drücken?

dünnen seidenen Strümpfe herstellen, die immer noch die Mode beherrschen; Weferfristen von 6 bis 8 Monaten sind hier nichts seltenes — die Preise haben sich gehoben. In der Handschuhbranche ist das letztere leider nicht der Fall, wenn auch die Nachfrage besonders Englands etwas zugenommen hat.

Aus der vogtländischen Spitzen- und Stickerindustrie

lauten die Nachrichten sehr günstig. Der Geschäftsgang ist so lebhaft, daß ständig neue Maschinen eingestellt werden. Recht lebhaft hat sich insbesondere das Auslandsgeschäft entwickelt. Einen erfreulichen Aufschwung hat auch die Tüllindustrie genommen, die ja lange schwer darniederlag.

Auf dem Seinenmarkt

ist der erwartete Umschwung eingetreten. Da, wie wir schon früher gesagt haben, irgend welche Vorräte in Garnen nicht mehr vorhanden sind, so herrscht jetzt lebhafteste Nachfrage darnach, die auch die Preise steigen ließ. Die Seinenweber haben zahlreiche Aufträge für das In- und Ausland erhalten.

In der Futeindustrie

hat sich nichts geändert, die Lage ist befriedigend; die Rohstoffe steigen. Auch der Seidenmarkt weist keine Veränderung auf — für den kommenden Winter erwartet man große Aufträge in Samt, da die Mode in Damenkleidern sich ihm zuwendet.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Wocholt.

Keine Arbeit bei der Firma Braunschweig annehmen. Der Beschäftigungsgrad in den hiesigen Betrieben ist zurzeit ein guter zu nennen. Das beweisen u. a. die Ueberstunden, die in manchen Betrieben gemacht werden. Auch herrscht Arbeitermangel, und die hiesige Presse enthält fast täglich Anzeigen, worin Arbeitskräfte in verschiedenen Branchen der Textilindustrie gesucht werden. In manchen Betrieben herrschen aber trotzdem noch schlechte Verhältnisse, deren Beseitigung nur durch größeren Beitritt der Arbeiterschaft zu unserer Organisation und durch ausdauernde Arbeit erreicht werden kann.

Das haben die Arbeiter der Firma Braunschweig hinreichend erfahren. Auch diese Firma hat jetzt beständig Arbeitermangel und sucht dem durch Insetieren abzuwehren. Weiblichen und jugendlichen Arbeitern wurden schon vier Stühle zur Beschäftigung übergeben. Wie verbesserungsbedürftig die Verhältnisse im Betriebe sind, zeigt die Tatsache, daß von 120 Arbeitern im vorigen Jahre ca. 80 ihre Arbeit wechselten. Die Firma ist also selbst Schuld daran, wenn sie keinen festen Arbeiterstamm bekommen kann. Manche Arbeiter fanden auch oft Veranlassung, sich über das Verhalten des Obermeisters zu wundern. Jedenfalls trifft bei dem Zustand der Verhältnisse auch diesem ein gerütteltes Maß Schuld. Solange die Firma sich nicht dazu hergeben kann, die Verhältnisse in ihrem Betriebe zu bessern, können wir mit gutem Gewissen davor warnen, bei der Firma Braunschweig Arbeit anzunehmen.

Ditrich.

Die Färbereiarbeiter der Firma Sally Heymann sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Es kommen etwa 30 Arbeiter in Betracht. Ein großer Teil dieser Arbeiter steht schon länger als zehn Jahre in dem Dienst dieser Firma. Der jetzige Lohn schwankt zwischen 11,50 und 15,50 M. wöchentlich. Ein solcher Verdienst kann für Männer, welche in der Blüte ihrer Jahre stehen, nicht mehr als zeitgemäß anerkannt werden.

In dem eingereichten Lohnantrag wird ein Anfangslohn von 12 M. wöchentlich gefordert. Derselbe soll von Zeit zu Zeit erhöht werden, so daß nach dreijähriger Tätigkeit ein Mindestlohn von 16 M. wöchentlich erreicht wird. Für besonders schwere Arbeit wird ein Zuschlag von 10 Prozent gewünscht. Ueberstunden, sowie Nacht- und Sonntagsarbeit sollen entsprechend vergütet werden. Die gesamten Forderungen müssen als minimal und gerecht bezeichnet werden. Wir hoffen, daß die Firma den gerechten Forderungen ihrer langjährigen Arbeiter entgegenkommen zeigt.

Spremberg.

In den hiesigen Textilfabriken wird es für die Arbeiterschaft immer unzureichender bezeichnet werden muß, es wird auch nichts unversucht gelassen, den Arbeitern und Arbeiterinnen die Lust und Liebe zur Arbeit zu nehmen. Fortwährend klagt die Arbeiterschaft über schlechtes Material, schlechte Behandlung, niedrige und oft willkürlich reduzierte Löhne, ja selbst vor Täuschlichkeiten schreckt man nicht zurück.

Wie weit es hier schon gekommen ist, mag folgender Vorgang, der sich in der Firma Philipp Pöschel u. Söhne abspielte, beweisen. Ein Weber besogter Firma, dessen Kette in der Seimmaschine war, wollte sich davon überzeugen, ob dieselbe bald fertig sei. Als er an die

Seimmaschine herantrat, fand er dieselbe in Betrieb, jedoch ohne jede Aufsicht. Der Seimer, der die Maschine zu bedienen hatte, war nicht zugegen, sondern mit einer andern Arbeit beschäftigt. Bei näherem Zusehen fand der betreffende Weber, daß ein großer Teil der Fäden zerrissen war und mit um die Walze lief. Aufgebracht über eine solche Nachlässigkeit, rückte er die Maschine aus und ging zum Firmeninhaber und bat ihn, er möge sich das Unheil, welches dadurch entstanden sei, daß die Maschine ohne Aufsicht war, einmal ansehen. Nach vielem Murren und mit den Worten, Sie haben auch immer etwas, ging derselbe endlich mit.

Da er sich von dem Schaden, welcher entstanden war, überzeugt hatte, fragte der Weber, wer ihm den Schaden denn nun ersetzen würde. Er bekam zur Antwort: er bekam überhaupt nichts dafür vergütet. Da der Weber, und mit Recht, auf dem Standpunkte stand, die Firma könne doch nicht verlangen, daß er, trotz des geringen Lohnes, auch noch eine achtstündige Kette, welche zu einem großen Teile vollständig zerrissen war, ohne jede Extravergütung verweben sollte, kam es zu einer Auseinandersetzung. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzung gab der Firmeninhaber dem Arbeiter einen Stoß, so daß er beinahe in einen in Betrieb befindlichen Stuhl hineingefallen wäre. Daß hier nicht noch ein größeres Unglück entstanden ist, ist nur der Aufmerksamkeit des Webers zu verdanken, welcher den Stuhl zum Stillstand brachte.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Spremberg, wollt ihr euch auf die Dauer eine solche Behandlung gefallen lassen? Wollt ihr, daß eure Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgebeßert werden, dann tretet unverzüglich in den christlich-nationalen Textilarbeiterverband ein, der dafür sorgen wird, daß euch ein menschenwürdiges Dasein zuteil wird.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Düren. Die am 11. Februar stattgefundene Haupt-Generalversammlung unserer Ortsgruppe war so zahlreich besucht, daß viele Teilnehmer sich mit einem Stehplatz begnügen mußten. Auch nahmen an der Versammlung als Vertreter des Zentralvorstandes Kollege Heutmann und unser Bezirksleiter Kollege Weber teil. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erstattete Kollege Koch den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen: Der Geschäftsgang in der hiesigen Textilindustrie war mit Ausnahme der Tuchindustrie zufriedenstellend. Die minder gute Geschäftslage der Tuchindustrie machte sich im hiesigen Kreise nicht so fühlbar wie in Aachen und anderen Textilbezirken. Teilweise wurde zwar die Arbeitszeit verkürzt und trat eine kürzere Wartezeit ein, jedoch sind Arbeiterentlassungen nicht bekannt geworden. Der befriedigende Beschäftigungsgrad ist nicht ohne Einfluß auf die Verbandsverhältnisse sowie auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geblieben. Die Mitgliederzahl stieg während der Berichtszeit von 782 auf 969. Die Einnahmen für die Zentralkasse betragen insgesamt 14.255,40 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 3271,30 M. An Unterstützungen wurden insgesamt 3143,60 M. gezahlt, hiervon allein 2656,10 M. bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Die Ortsgruppenkasse hatte eine Einnahme von 2327,82 M. und eine Ausgabe von 1915,48 M. Der Kassenbestand betragt 415,34 M. gegen 69,72 M. am Schlusse des Jahres 1910. Mit Hilfe der Organisation gelang es den Textilarbeitern, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern und einzelne Verträge, Verschlechterungen einzuführen, abzuwehren. In mehreren Betrieben wurden die Verbesserungen erst durch Verhandlungen der Arbeiter- und Verbandsvertreter mit den Firmen. Einige Firmen verhielten sich gegenüber den Forderungen der Arbeiter ablehnend, sodaß Verhandlungen unseres Verbandes mit dem Arbeitgeberverbande notwendig wurden. Diese Bewegungen waren am Schlusse der Berichtszeit noch nicht zum Abschluß gekommen. In einem Betriebe kam es zum Streik der Weber. Der Ausbruch dauerte neun Tage und brachte den Arbeitern u. a. eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Die Erfolge der Bewegungen befriedigen nicht in allen Punkten. Unter Anerkennung des bisher Geschehenen muß betont werden, daß noch manches zu bessern übrig bleibt. Wenn das Jahr 1911 nicht das brachte, was manche erhofft haben, so liegt das einerseits an dem Widerstand der Fabrikanten sowie andererseits daran, daß noch viele in der Textilindustrie Beschäftigte nicht der Organisation angehören. Von einer regen Agitationsstätigkeit zeugen die 66 stattgefundenen Versammlungen und Sitzungen, in welchen neben dem Beamten auch eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen für die Stärkung der Ortsgruppe tätig waren. Ferner fanden noch verschiedene Konferenzen statt, an welchen Vertreter der Ortsgruppe teilnahmen. Die gewerkschaftliche und sozialpolitische Schulung der Mitglieder ist schwierig, weil diese sich auf ca. 30 Ortsgruppen des Kreises verteilen. Einem bedeutenden Teile der Mitglieder ist Gelegenheit zur Bildung geboten in den konfessionellen Standesvereinen (Arbeitervereinen), welche in einer Reihe von Ortsgruppen bestehen. Viele Mitglieder haben diese Gelegenheit benutzt und sich den Arbeitervereinen angeschlossen. Bei einem Teile der Mitglieder bestehen noch Vorurteile gegen die Standesvereine. Diese zu beseitigen wird eine Aufgabe des Jahres 1912 sein. Die im Berichtsjahre geleistete Arbeit war getragen von Idealismus und Liebe zur Sache. Die Arbeit ist nicht vergeblich geleistet worden, denn gute Erfolge sind zu verzeichnen. Die Erfolge müssen alle anspornen, in Zukunft mit Freue und Begeisterung mitzuarbeiten und zu agieren für die Ortsgruppe Düren des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die im Anschluß an diesen Bericht einfindende Besprechung betraf in der Hauptsache den Verlauf der zahlreichen Lohnbewegungen. Einige Redner gingen hierbei über das erlaubte Maß der Kritik hinaus. Ihnen wurde seitens des Verbandsleiters Kollegen Winand Dammers, des Vertreters des Zentralvorstandes Kollegen Heutmann sowie des Bezirksleiters Kollegen Weber und anderen, maßvoll aber entschieden entgegengetreten. Es wurde betont, daß bei schwierigen Situationen das Herz nicht mit dem Verstande durchgehen dürfe. Die Bestrebungen der Segner, Zwist zu säen, wurde ebenfalls gebührend gekennzeichnet. Zum Vorstehenden wurde Kollege Winand Dammers nahezu einstimmig wiedergewählt.

Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder, die Kollegen Wilt, Schmitt, Peter Zimmermann, Gerh. Siepen und Heinrich Bürger, wurden wiedergewählt und an Stelle des Kollegen Franz Schumacher, der eine Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten ablehnte, Kollege Peter Felten neugewählt. Da die Zahl der Mitglieder gestiegen ist, kann auch der Vorstand um eine Person vermehrt werden. Die Wahl wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt und sollen dann die Arbeiterinnen berücksichtigt werden. Unter Punkt Verschiedenes gab noch der Streik bei der Firma Pohl u. Cie. Gelegenheit zur gegenseitigen Meinungsäußerung. Nach einem warmen Appell des Volksbureauvertreters Herrn Schaaf, bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen die Ideale der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht zu vergessen, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Ennen. Wie der Landmann mit Genugtuung das Wachsen und Gedeihen seiner Saat beobachtet, so wollen auch wir am Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres Umschau halten auf dem Felde unserer Tätigkeit. Wenn auch nicht jedes Samen Korn geerntet und Frucht gebracht hat, so können wir doch feststellen, daß unsere Arbeit nicht vergeblich war. Stieg doch die Mitgliederzahl von 1048 im Jahre 1910 auf 1222 im Jahre 1911. Also eine Zunahme von 174 Mitgliedern. Durch den sehr schlechten Geschäftsgang verzogen oder in andere Berufe übergetreten 74. Es bleiben darum noch am Ende des Jahres 1911 1148 Mitglieder. Auch die Kassen-Verhältnisse können als günstig bezeichnet werden. Die Einnahmen betragen 17.946,30 M. Die Ausgaben betragen 15.800,93 M. An die Zentrale wurden abgeliefert 2.145,37 M. An Arbeitslosen-Unterstützung wurde allein im Jahre 1911 die Summe von 8747,55 M. ausbezahlt. Arbeitslos waren 2927 männliche und 1936 weibliche Mitglieder. Vom hiesigen Ortskartell der christlichen Gewerkschaften wurde ein Antrag auf Einführung einer kommunalen Arbeitslosen-Versicherung an die Stadtverwaltung gestellt. Die Stadtverordneten-Versammlung, die bereits in mehreren Sitzungen sich mit dem Antrag beschäftigt, wird sehr wahrscheinlich im Sinne des gestellten Antrages eine kommunale Arbeitslosen-Versicherung schaffen. Zu diesem Zwecke wurden 4000 M. bewilligt. Der Ortsgruppenfassenbestand am 1. Januar 1910 betrug 1777,44 M., am 1. Januar 1911 2286,49 M. Die Agitationsstätigkeit erstreckte sich auf 4 Mitglieder, 1 öffentliche, 22 Belegschafts-Versammlungen, 42 Vorstandssitzungen, 8 Vertrauensmänner-Sitzungen, 32 Sitzungen des Vorstandes mit den Vertrauenspersonen, 5 Konferenzen, 10 sonstige gewerkschaftliche Zusammenkünfte. Demnach zusammen 124 Sitzungen und Versammlungen. In Lohnbewegungen sind nur einige zu verzeichnen, welche aber doch einen für die Arbeiter günstigen Verlauf nahmen. Im Berichtsjahre mußte aus Anlaß der Lohnbewegungen und Differenzen zusammen 16 mal bei den Arbeitgeberern vorgesprochen werden. Seitens des christlichen Gewerkschaftskartells wurden soziale Studenten-Arbeiter Kurse veranstaltet, deren Besuch ein recht befriedigender war.

Es hat während des verfloffenen Jahres nicht an Arbeit gefehlt. Allen Kolleginnen und Kollegen, welche mit tätig gewesen sind, sprechen wir hiermit nochmals unseren herzlichsten Dank aus. Hoffen wir, daß in diesem Jahre ein flotter Geschäftsgang eintritt. Jeder Kollege und jede Kollegin muß mitarbeiten, dann wird es im nächsten Jahre besser werden, und können dann die Erfolge auch nicht ausbleiben. Zum Schluß möchten wir noch nachfolgendes Sprüchlein zur warmen Beherzigung empfehlen:

Laß die Hände nicht im Schoße!
Wohl gibt Gott das Seine,
Aber soll dir blüh'n die Rose
Tue auch das Deine.

Greven. Einführung eines Lokalbeitrages In unserer, am 25. Februar abgehaltenen Versammlung wurde, nachdem das Für und Wider reiflich erwogen, mit etwa 2/3 Stimmenmehrheit beschlossen, am 1. April einen wöchentlichen Lokalbeitrag von 5 Pfg. zur Einführung zu bringen. Ferner wurde beschlossen, Abzeichen für die Mitglieder anzufertigen, damit dieselben auch überall als christliche Gewerkschaftler erkannt werden können.

Heidenheim. Wohl das größte württembergische Unternehmen auf dem Gebiete der textilen Veredelung ist die Württembergische Kattunmanufaktur in Heidenheim, welche gegenwärtig über 1100 Arbeiter beschäftigt. Die Gründungszeit dieses Betriebes reicht zurück bis zum Jahre 1786. Um jene Zeit verlegte Johann Heinrich Schiele von Künzelsau seine Kattundruckerei von Augsburg nach Heidenheim. Im Jahre 1820 ging der Betrieb als Indienstfabrik in den Besitz von Gottlieb Meesold und Karl Ostertag über. Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 3,2 Millionen Mark erfolgte schon im Jahre 1856. Als Spezialität betreibt die Firma die Veredelung von Geweben in der Bleicherei, Färberei und Druckerei. Interessant ist die geschichtliche Entwicklung speziell in der Färberei. Innere und äußere Momente haben bei der Auffassung des Kleinbetriebes durch Konzentration und Zentralisation mitgewirkt. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts waren kleinere Färbereien und Webereien gegenseitig aufeinander angewiesen und örtlich aneinander gebunden. Die handarbeitenden Färber fanden sich vor allem in den alten Reichsstädten Esslingen, Neutlingen usw., sowie in allen Oberamtsstädten. Der Rückgang des Kleinbetriebes begann mit dem Auftauchen der maschinellen Einrichtungen. Dies war aber nicht der einzige Grund, auch die Mode hatte sich geändert. Auf dem Lande wurde die städtische billige Kleidung bald bevorzugt und die Auffärbung der gebrauchten älteren Kleider verfiel nach und nach. Ein äußeres Moment trat in der Konkurrenz der sächsischen und rheinländischen Industrie zu Tage, welche schon frühzeitig mit den neuesten Maschinen ausgestattet waren. Ihnen sind viele kleine Betriebe in württembergischen Landorten zum Opfer gefallen. Außerdem sind die leistungsfähigeren Webereien und Spinnereien dazu übergegangen, eigene Färbereien und Ausrichtungsanstalten zu errichten, was die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der nur auf die Veredelungsindustrie angewiesenen Betriebe nicht erhöhte. Trotz alledem beläuft sich der Umsatz in der Kattunmanufaktur in Heidenheim jährlich auf 12 Millionen Mark.

Heidenheim. Auf unserer letzten Generalversammlung wurde einstimmig beschlossen, Lokalbeiträge einzuführen. Dieser Beschluß zeugt von großem Verständnis für die unserem Verbands in der nächsten Zeit bevorstehenden Aufgaben und ist sehr zu begrüßen. Bedauerlich ist die Reserve, mit welcher die weiblichen Mitglieder immer noch den Verbandsangelegenheiten gegenüberstehen. Sie begnügen sich immer noch mit der Bezahlung der Verbandsbeiträge, ohne

am Verbandsleben aktiven Anteil zu nehmen. Wir wollen hoffen, daß in der nächsten Zeit auch darin eine Veränderung eintritt und daß die Arbeiterinnen aus ihrer Zurückgezogenheit heraustreten und vor allem auch die Versammlungen besuchen. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ist zu ersehen, daß unsere Ortsgruppe vorwärts marschiert, trotzdem das Agitationsfeld ein schwieriges ist und wir Gegner rings herum haben. Die Wahlen ergaben ein Vertrauensvotum für die bisherigen Vorstandsmitglieder, welche wiedergewählt wurden.

Krefeld-Votum. Generalversammlungs-Bericht. Auch das verfloßene Jahr hat unsere Ortsgruppe nicht müßig gesehen. Fanden doch im vergangenen Jahre fünf Versammlungen und ebensoviele Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen statt. Wir stehen hier, wie man zu sagen pflegt, so etwas außerhalb der Schutzlinie, d. h. hier am Orte selbst finden keine Bewegungen statt, weil unsere Mitglieder fast ausnahmslos in Krefeld beschäftigt sind und alle Bewegungen selbstverständlich von dort aus geleitet werden. Es kann also eigentlich nur unsere Hauptaufgabe sein, unsere Mitglieder immer mehr zu tüchtigen Gewerkschaftlern zu erziehen. Wenn man nun meinen sollte, daß wir in Versammlungen usw. nicht allzuviel geleistet hätten, so betonen wir demgegenüber, daß es schon mehr wie einmal vorgekommen ist, daß ein Teil unserer Mitglieder auch gleichzeitig an Sitzungen und Konferenzen in Krefeld teilnehmen mußte. Auch unser Mitgliederverlust ist nur scheinbar. Wir hatten Ende 1910 95 Mitglieder, Ende 1911 82 Mitglieder. Dieser Verlust setzt sich einerseits aus der Abtrennung des benachbarten Oppum, bei dem die Verbindung der Kollegen durch uns eine Schwierigkeit machte, und für welche infolgedessen eine eigene Zelle gegründet wurde, und andererseits durch Heirat einiger Kolleginnen und Uebergang zu anderen Verufen zusammen. Eine Hausagitation zu Anfang des Jahres 1911 hat uns sogar trotz der schwierigen Verhältnisse noch einen kleinen Zuwachs gebracht. Sodann konnte auch der bekannte Einwand, es hilft ja doch nichts, wieder glänzend widerlegt werden. Konten doch an die erkrankten und arbeitslosen Kollegen wieder etwa 350 Mark zur Auszahlung gelangen. Desgleichen war auch eine Anzahl unserer Mitglieder an der im vergangenen Jahre in Krefeld stattgefundenen Samtweberbewegung beteiligt, bei welcher ebenfalls nennenswerte Vorteile errungen wurden. Am 1. Juli vorigen Jahres fand auch der Anschluß an das in Krefeld neugegründete Bezirkskartellsekretariat statt. Aus dem Mitgeteilten geht nun wohl zweifellos hervor, daß man hier voll und ganz seine Schuldigkeit getan hat, und sprechen wir an dieser Stelle allen, und noch ganz besonders unsern Vertrauensmännern, den herzlichsten Dank aus.

Wehr. Eines guten Besuches konnte sich unsere Generalversammlung erfreuen. Zu derselben waren auch unsere beiden Beamten Rümmele und Kiefer erschienen. Aus dem Jahresbericht, den der Kassierer erstattete, sei folgendes entnommen: Mitgliederzahl am 1. Januar 1911 308, am 31. Dezember 1911 374, somit mehr 66 Mitglieder. Gestorben sind im Berichtsjahre 2. Die Einnahmen betrugen 5660,60 M., und an die Zentralkasse wurden abgeführt 3625 M. Krankenunterstützung wurde ausbezahlt 1017,15 M., Arbeitslosenunterstützung 33,95 M. und Sterbegeld 50 M. Ortsgruppenkasse 1. Januar 1911 168,25 M., am 31. Dezember 1911 331,03 M. Die Tätigkeit in der Ortsgruppe erstreckte sich auf 5 Mitglieder-, 1 öffentliche- und 1 Fabrik-Versammlung, 5 Vorstandssitzungen mit Vertrauensleuten, 2 Agitationssitzungen und 3 sonstige Vorstandssitzungen. Bei der im folgenden Vorstandswahl wurde der Kollege Otto Frider zum ersten Vorsitzenden und Eduard Wäbe zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Kassierer und Schriftführer blieben die gleichen wie vorher. Bezirksleiter Rümmele dankte den auscheidenden Kollegen vom Vorstand, insbesondere dem bisherigen Vorsitzenden Kroyinger. Hierauf hielt uns Kollege Kiefer einen kurzen Vortrag über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen und im näheren Bezirk.

Rückschau. Rückschau haltend auf das verfloßene Jahr müssen wir gestehen, daß durch die Gründung einer Ortsgruppe hier am Orte der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein guter Dienst erwiesen worden ist. Hatten wir doch im Laufe des Jahres einen Mitgliederzuwachs von 15, jedoch wir das Jahr 1911 mit 63 Mitgliedern abschließen. Die kürzlich veranstaltete Jugendagitation brachte uns wieder sechs Neuzugänge. Insgesamt betrugen die Einnahmen im Jahre 1911 1656,40 M. Die Ausgaben verteilten sich folgendermaßen: An Krankenunterstützung 146,65 M., an Arbeitslosenunterstützung 133,70 M., und als Ortsgruppenanteil verbüßten im Orte 158,45 M. An die Zentralkasse wurden 3625 M. abgeführt. Den Mitgliedern kamen also direkt 488,50 M. oder 46% der Gesamteinnahme zugute. Arbeitslos waren 20 Mitglieder mit insgesamt 290 Arbeitslosentagen. Davon waren 16 unterstützungsberechtigt mit 157 unterstützten Tagen. Versammlungen fanden sieben statt, sowie ein Familienabend. Zur Belehrung und Schulung der Mitglieder wurden in den Versammlungen sechs Vorträge gehalten.

Zeit a. M. In unserer Jahres-Generalversammlung wurden, nachdem unsere immer rührige Kassiererin, Kollegin Jünger, den Kassenbericht erstattet hatte und ihr Entlassung erteilt worden war, die alten bewährten Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen von der Versammlung einstimmig wiedergewählt. Vom Ortsgruppen-Vorsitzenden, Kollegen Feiler, wurde ein interessanter Bericht über die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen im vergangenen Jahre erstattet, der bewies, daß die führenden Mitglieder in unserer Ortsgruppe ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan hatten, was auch von dem anwesenden Bezirksvorsitzenden, Kollegen Müller aus Bamberg, dankbar anerkannt wurde. Nachdem Kollege Müller, nun schon zum zweiten Male in diesem Jahre, einen längeren, belehrenden Vortrag über die Notwendigkeit der obligatorischen Einführung von Sozialbeiträgen gehalten hatte, der von der Versammlung beifällig aufgenommen worden war, wurde eine Beschlusbildung über die Einführung von Sozialbeiträgen bis zu einem späteren Termine ausgesetzt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Städtische Arbeitslosenfürsorge. Einen bedeutenden Schritt in sozialer Beziehung bedeutet eine Vorlage des Magistrats in Frankfurt, die Bestimmungen für einen Fonds zur Unterstützung von Arbeitslosen enthält. Damit ist der erste Anfang für eine Arbeitslosenversicherung gemacht. Am 18. Juli 1911 hatte

die Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat ersucht, alljährlich 15000 M. in den Haushaltsplan einzustellen und sie zur Unterstützung solcher Arbeitslosen zu verwenden, die unter der wirtschaftlichen Not besonders zu leiden haben. Der Magistrat hat zugestimmt und 15000 M. in den neuen Etat eingestellt. Er schlägt folgende Bestimmungen für den „Fonds zur Ergänzung der städtischen Hilfskasse“ vor:

§ 1. Es werden bis auf weiteres jährlich 15000 M. zur Bildung eines Fonds bereit gestellt, dessen Zweck die Gewährung von Darlehen an solche Personen ist, die voraussichtlich dadurch von der Notwendigkeit, öffentliche Unterstützung anzunehmen, befreit werden, und denen ein Darlehen aus der Hilfskasse nach den für diese bestehenden Bestimmungen nicht gewährt werden kann.

§ 2. Die Verwaltung des Fonds erfolgt durch das Rechnungamt. Die Mittel des Fonds sind durch das Waisen- und Armen-Amt (Abteilung Stiftungsverwaltung) nach Maßgabe folgender Vorschriften zu verwenden. Die jährlich erwachsenden Zinsen sind zu Darlehen zu verwenden. Ebenso können auch zu Darlehen verwendet werden Beträge aus dem Fonds bis zur Höhe eines Drittels der Jahreseinnahme (z. Bt. also 5000 M.), sowie ferner Beträge bis zur Höhe der innerhalb des jeweils letzten Rechnungsjahres geleisteten Rückzahlungen. Darlehen, die aus dem zur Verwendung anheim gestellten Drittel einer Jahreseinnahme genommen sind, dürfen nur gegen Bürgschaft gegeben werden. Als Bürgschaft genügt auch das Bürgschafts-Versprechen eines nicht eingetragenen Vereins.

§ 3. Entnahmen aus dem Fonds, die über die im § 2 bezeichneten Beträge hinausgehen, dürfen nur zur Vinderung außergewöhnlicher Notstände und mit Zustimmung des Magistrats gemacht werden.

Frauen- und Kinderarbeit in den Industrien.

In einer im „Deutschen Leinen-Industriellen“ veröffentlichten Studie entnimmt Heinrich Göhring-Bremershausen dem „Reichsarbeitsblatt“ 9. Jahrgang 1911 (S. 108) folgende Angaben über die Zahl der Arbeiterinnen und Kinder, die in Deutschland, Großbritannien und Frankreich in den unter Gewerbeaufsicht stehenden Betrieben ermittelt waren.

Danach waren 1907 in Deutschland annähernd 1,3 Millionen Frauen und 13000 Kinder, im europäischen England 1,4 Millionen Frauen und 36000 Kinder, in Frankreich 900000 Frauen und 240000 Kinder gewerblich beschäftigt. Berücksichtigt man die Unterschiede in der Bevölkerungszahl, so ergibt sich auf den ersten Blick, daß das republikanische Frankreich unter dem Gesichtspunkte der Frauen- und Kinderarbeit weitaus am ungünstigsten dasteht. Wenn im Deutschen Reich, das eine um 50 v. H. höhere Bevölkerungsziffer hat, die gleichen Verhältnisse herrschten, müßten in Deutschland mindestens 1 1/2 Millionen Frauen und annähernd 400000 Kinder gewerblich tätig sein. Wie die oben angeführten Zahlen zeigen, bleiben die wirklichen Verhältnisse weit dahinter zurück. Deutschland steht also hinsichtlich der Frauenarbeit günstiger da als England und Frankreich, die beide untereinander annähernd die gleiche Bevölkerungszahl haben, und sehr viel günstiger unter dem Gesichtspunkte der Kinderarbeit. In Deutschland ist die Kinderarbeit nur noch in der Textilindustrie, mit rund 3800 Kindern, von etwas größerer Bedeutung, aber von einer gänzlich untergeordneten Bedeutung im Vergleich zu den Verhältnissen in Frankreich und England, wo in der Textilindustrie 33000 bzw. 50000 Kinder beschäftigt werden. Auch auf dem Gebiete der Frauenarbeit dominiert in allen drei Staaten die Textilindustrie. In England sind in ihr 662000, in Deutschland 457000, in Frankreich 323000 Arbeiterinnen tätig.

Die Frauenarbeit hat allerdings in Deutschland in den letzten 10 Jahren im großen und ganzen zugenommen. So waren, nach Göhrings Ziffern, in der Textilindustrie 1902 erst 364000, im Jahre 1909 dagegen 412000 Arbeiterinnen von 16 und mehr Jahren beschäftigt. Aber einmal ist das Verhältnis der gewerblich tätigen Bevölkerung, wie Göhring gleichfalls nachweist, sehr viel günstiger geworden als in vergangenen Zeiterperioden; trotz ihrer ziffermäßigen Zunahme tritt die Frauenarbeit in der Gesamtwirtschaft immer mehr zurück. Sodann aber ist die Zunahme der Frauenarbeit in der Landwirtschaft bedeutend größer als in der Industrie. Göhring führt an, daß 1907 den noch nicht 1 1/2 Millionen Arbeiterinnen in der Industrie schon rund 4,6 Millionen, also viermal so viel, erwerbstätige Frauen in der Landwirtschaft gegenüberstanden.

Hinsichtlich der Frauen- und Kinderarbeit liegen also die Verhältnisse in Deutschland wesentlich günstiger als in den Ländern, die nach Maßgabe ihrer industriellen Entwicklung mit Deutschland verglichen werden können.

Briefkasten.

Nach Greben. Unsere damalige Auskunft war nicht ganz korrekt. Sollte die Frau die Rente, mußte der verstorbene Mann nach Januar gestorben und bereits auf Grund des neuen Gesetzes gelebt haben.

Frau S. Deine Sorgen sind unbegründet. Wende dich an das Arbeitersekretariat. Unsere Verbandsbeamten unterhalten kein Rechtsgeschäft.

Ad. S. Artikel erscheint in der nächsten Nummer. Bedenke Dank und freundlichen Gruß!

Anonymes aus dem Kreise Gethern. Warum geben Sie Ihren Namen nicht her? Sie würden, wenn Sie unterschrieben hätten, mit dem ziemlich unklaren Briefe noch etwas anfangen können. Anonymes aber wandert in den Papierkorb.

Kollegin B. Wenn kein Gewerbegericht für den Bezirk vorhanden ist, fragen Sie am Amtsgericht. Wenden Sie sich an unseren Bezirksleiter, der wieder Ihnen behilflich sein.

Versammlungskalender.

- Stombacherbach. 9. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Eduard Schneider.
- Wramsche. 10. März, 11 1/2 Uhr, bei Wiltz, vor dem Berge Monatsversammlung.
- Cottbus. 30. März, im evangel. Vereinshaus.
- Elberfeld. 16. März, 8 1/2 Uhr, bei Dersentath, Klostbahn.
- Embsitten. 10. März, 5 Uhr, bei Laumann.
- M.-Gladbach-Venn. 24. März, gleich nach dem Hochamte, bei J. L. Wefers, Boeth.
- Greiz i. B. 9. März, 1/9 Uhr, bei Gräfer, Hohe Gasse.
- Gronau i. B. 10. März, nachm. 6 Uhr, bei Deforo Revierversammlung.
- 12. März, nachm. 6 Uhr, bei Einbebaum, Mühlenmathe, Arbeiterinnen-Versammlung.
- Sehr. 24. März, 6 Uhr, bei M. Bösch.
- Jüchen. 10. März, 6 Uhr, bei Ad. Bremer Versammlung.
- Korschenbroich. 17. März, 11 Uhr, bei Johann Stetgels Generalversammlung.
- Neuenkirchen. 10. März, 11 1/2 Uhr, bei Emil Jörling Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung.
- Rheindahlen. 10. März, 9 1/2 Uhr, bei Döcker.
- Schaag. 10. März, 7 Uhr, bei Matthias Hermes öffentliche Versammlung.
- Schießbahn. 17. März, 7 Uhr, bei Joseph Gerthausen, Familienabend.
- Sommerfeld. 10. März, 8 Uhr, bei Ertels, Wilhelmstraße Versammlung.
- Soran. 21. März, 8 1/2 Uhr, im Lokale „Zu den drei Bünden“.
- Weißenburg i. B. 10. März, 8 Uhr, bei Fospiz.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

- Jakob Driessen in Krefeld.
- Lambert Stieger in Schaag.
- Maria Röschlin in Mülhausen i. Els.
- Katharina Jotzen in Dülken.
- Albert Heyer in Viersen.
- August Ludwig in Greiz.
- Rosa Veit in Säckingen.
- Karl Benz in Lörrach.
- Katharina Scholz in Viersen.
- Franz Rickert in Fischeln.
- Ludwig Backes in M.-Gladbach.
- Joseph Lindenlauf in M.-Gladbach.
- Josef Brangenberg in Aachen-B.
- Anton Metzger in Heidenheim.
- Peter Connotte in Vaals.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die Preisentwicklung seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts. Von Dr. A. Rehbach, Freiburg i. B. (Sonderabdruck aus „Soziale Revue“ 1912, 1. Heft, Verlag München, Pestalozzistr. 4.) Preis 60 Bg. München 1912. Buchhandlung des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine.

Nach den Reichstagswahlen wird die Steuerungsfrage zwar nicht mehr in der politischen Tagespresse die gleiche Rolle wie bisher spielen; um so weniger wird sie aber aus der öffentlichen ernsten Diskussion ausscheiden dürfen, da die Preise wichtiger Lebensmittel i. J. 1912 kaum sinken werden. Die vorliegende Abhandlung ist offensichtlich bestrbt, die schwierige Materie mit ebenso ruhiger Sachlichkeit wie seltener Klarheit darzulegen, so daß sie ein Führer zum Verständnis des ganzen Problems genannt werden kann und für jedermann, der sich sozial oder politisch betätigt, von größter Bedeutung ist.

Praktische Rat schläge für alle Versicherten in der Reichsversicherungssordnung. Von dem Vorstandsmitgliede der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Appelius, ist bei C. Heymanns Verlag in Berlin die dritte, völlig umgearbeitete Auflage einer sehr gediegenen und nützlichen Broschüre erschienen über die Reichsversicherungssordnung. Sie ist betitelt: „Wie erlangt man nach der Reichsversicherungssordnung in Invalidenfällen Renten, Heilverfahren und Hinterbliebenenfürsorge?“ (Witwen-, Witwer- und Waisenrente, Waisenlohn und Waisenaussteuer.) Die Anschaffung der Broschüre ist zu empfehlen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Kolleginnen und Kollegen, auf, an die Arbeit zur Stärkung unseres Verbandes! — Ueber Stoff und Methode der gewerkschaftlichen Lektüre. — „Schneidauer“. — Die streikenden Weber in Lawrence. — Feuilletou: Erster Lenzgrub. — Nach dem Brande. — Allgemeine Rundschau: Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt. — Wieder ein Bischof, für die christlichen Gewerkschaften. — Eine Erdrosselung der Gewerkschaften. — Die Rache der Besiegten. — Zur Frage der Festlichkeiten in den christlichen Gewerkschaften. — Not britisch. — Der angeblich neutrale Buchdruckerverband. — „Freie“ Gewerkschaften und Reichstagswahlen. — Kirch- und Dundersche Neutralität. — Sozialdemokratische Arbeitervertretung. — Aus unserer Industrie: Rundschau auf dem Textilmarkt. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Bocholt. — Ostfriesen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Düren. — Guxen. — Greden. — Heidenheim. — Krefeld-Votum. — Wehr. — Vinkath. — Zeit a. M. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Städtische Arbeitslosenfürsorge. — Frauen- und Kinderarbeit in den Industrien. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.